

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gepaltene Pestzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 10 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telefon: Amt Northplatz, 2120

Berlin, den 8. März 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitigkeiten. — Zur
Generalversammlung in München. — Die Wirkung der
Preissteigerung auf die Kaufkraft der Lohnempfänger. —
Ein erfolgreicher Angriff gegen das Sweating-System in
England. — At eine Gauleonferenz für den Gau Hamburg
notwendig? — An die organisierte Arbeiterkraft Deutsch-
lands! — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem
Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen.
— Aus anderen Organisationen. — Rechtsprechung. —
Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. —
Bücherchau. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 10. bis 16. März ist
der 11. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-
waltung zu erkundigen.
Erfurt. Die Militäreffektenfabrik der
Firma Hermann hat zwecks Heranziehung
billiger Arbeitskräfte den größten Teil ihrer
Leute entlassen. Vor Zugang wird streng ge-
wartet.

Hamburg. Die Treibriemenattler haben
den Unternehmern eine Tarifvorlage eingereicht.
Bis zur Erledigung dieser Bewegung ist jeder
Zugang streng fernzuhalten.

Zur Generalversammlung in München.

XIV.

Nach gewerkschaftlicher Auffassung soll das
Verbandsorgan ein Spiegelbild des Berufs-
und Organisationslebens sein, weshalb die
Schriftleitung bei Diskussionen der Mitglieder
untereinander mit ihrer eigenen Meinung nach
Möglichkeit zurückhalten soll, um ihnen so einen
möglichst weiten Spielraum für den freien
Meinungsaustausch zu überlassen. Diese An-
sicht haben wir den Einsendungen „Zur Mün-
chener Generalversammlung“ vorgemerkt und
nur soweit Orthographie und Stil es veranlaßt,
sinngemäße Änderungen daran vorgenommen.
Ohne den Mitgliedern eine bestimmte Meinung
aufzudrängen zu wollen, halten wir es nun doch
für unsere Pflicht, die Diskussion zu der
Münchener Generalversammlung aus dem ufer-
losen Gebiet in ein eingedämmtes Fahrwasser
zu leiten.

Beim Durchlesen der Berichtsberichte
und der Einsendungen „Zur Generalversamm-
lung in München“ in unserem Organ wird bei
jedem Unbefangenen der Eindruck erweckt, als
habe ein Gewerkschaftsparlament nichts anderes
zu tun, als sich mit der Erhöhung der Bei-
träge und der Unterstützungssätze zu beschäfti-
gen. Von den sonstigen Bestrebungen einer

freien Gewerkschaft ist nur so nebenher die Rede,
und doch wären Fragen sozialpolitischer Natur,
wie Stellung zur Heimarbeit, zur Gefängnis-
arbeit, zum Submissionswesen, zur Lehrlings-
und Jugendfrage, zur Verfürzung der Arbeits-
zeit, Erhöhung der Löhne, Abschaffung des
Kost- und Logiswesens, Förderung der Branchen-
Interessen, Stellungnahme zu gesetzgeberischen
Maßnahmen weit wichtiger. Gerade diese der
Lösung harrenden Fragen sind es gewesen, die
den Zentralvorstand veranlaßt haben, zu bean-
tragen, den wöchentlichen Beitrag zu erhöhen,
ohne höhere Unterstützungen zu gewähren. Denn
die Ansammlung eines Kampffonds hält mit
der Zunahme unserer Mitglieder nicht stand.
Die auf der letzten Generalversammlung vorge-
nommene Beitragserhöhung ist vollends zur
Deckung für die erhöhten Unterstützungen auf-
gegangen. Allein für Erwerbslosenunterstützung
wurde ausgegeben:

1909: 78 513,73 Mf. oder 7,62 Mf. pro
Kopf = 35 Proz. der Gesamteinnahme aus den
Beiträgen; 1910: 70 262,54 Mf. oder 5,95 Mf.
pro Kopf = 26 Proz.; 1911: 99 548,02 Mf. oder
7,54 Mf. pro Kopf = 37,30 Proz.

Da die Hauptkasse aber nicht den Vollbei-
trag, sondern nur $\frac{1}{2}$ erhält (die Verwaltungsstel-
len mit aus der Hauptkasse besoldeten Be-
amten senden $\frac{1}{10}$ ein) ist der Prozentfuß für
diese Unterstützungsarten ein viel höherer. In
den Jahren 1905—11 wurde den Mitgliedern
von den Einnahmen aus den Beiträgen 63,80
Prozent an Streik-, Maßregelungs- und Er-
werbslosenunterstützung wieder zurückgezahlt.
Seit der Verschmelzung wurden von den 847 943
Mark Einnahmen zirka 754 000 Mf. veraus-
gabt, sodas nur 93 000 Mf. oder 9 Proz. zurück-
gelegt werden konnten.

Es wurden pro Kopf des Mitgliedes

	1909 Mf.	1910 Mf.	1911 Mf.
vereinnahmt	23,65	23,95	23,89
verausgabt	21,81	20,86	20,20
zurückgelegt	2,84	3,09	3,69

Trotz des erhöhten Beitrages, nach welchem
jedes Mitglied 6 Mf. mehr zahlen mußte, stieg
das Kopfformvermögen nur von 23,12 Mf. im
Jahre 1909 auf 24,19 Mf. im Jahre 1911.

Zu berücksichtigen ist, daß unser Verband in
den letzten drei Jahren von größeren Streiks
und Aussperrungen verschont geblieben ist.
Ganz anders und viel günstiger haben sich die
Lokalassen mit ihren weit niedrigeren Beiträgen
entwickeln können und zwar stieg ihr Vermögen
von 55 044,62 Mf. am 1. Januar 1909 auf
153 881,77 Mf. am 1. Januar 1912, trotzdem
kaum $\frac{1}{2}$ aller Verbandsmitglieder Lokalbei-
träge leisteten.

Es zahlten einen Lokalzuschlag von

25 Pf. pro Woche	zirka 2700 Mitglieder
20 " " "	585 "
15 " " "	476 "
10 " " "	1600 "
5 " " "	5812 "

Das sind berechnete Zahlen, die uns beweisen, wie
der Kampffonds der Zentralkasse gefördert wer-
den kann.

Nun noch einige Worte zu der Stellung
unseres Verbandes zu den anderen der General-
kommission angeschlossenen Gewerkschaften. Nach
der im „Correspondenzblatt“ für das Jahr 1910
veröffentlichten Statistik stand unser Verband
mit seiner Mitgliederzahl an 27. Stelle, da-
gegen schon an 18. Stelle mit der Reiseunter-
stützung pro Kopf der Mitglieder, an 22. mit
der Arbeitslosenunterstützung, an 24. mit der
Krankenunterstützung pro Kopf der Mitglieder,
Unterstützung insgesamt an 23. Stelle, mit den
örtlichen Prozenten an 11. Stelle, Verwaltungss-
kosten persönlicher Natur an 34. Stelle und
jächlicher an 38. Stelle. Von allen Gewerkschafts-
mitgliedern zahlten am Schlusse des Jahres
1910 43,02 Proz. über 50 Pf. Beitrag, 17,43
Prozent 50 Pf. und 39,50 Proz. weniger als
50 Pf. Beitrag. Jedoch die Entwicklung steht
auch hier nicht still. Im Jahre 1911 haben
9 Verbände ihre Beiträge erhöht und waren
530 000 Mitglieder darunter, welche schon mehr
als 50 Pf. Beitrag die Woche leisteten.

Diese Vergleiche und Zahlen geben im
großen und ganzen Aufschluß, warum es Pflicht
des Verbandsvorstandes ist, eine Beitrags-
erhöhung zu beantragen. Er ist von der Vor-
aussetzung ausgegangen, daß in Bezug auf
Unterstützung bisher das Möglichste geleistet
worden ist und trotz der von ihm beantragten
10 Pf. auch nicht mehr zu leisten sein wird. Ver-
anschlagen wir die jährliche Einnahme von den
erhöhten Beiträgen auf 60 000 Mf., so würden
für den Kampffonds 150 000 Mf. bis zur
nächsten Generalversammlung reserviert wer-
den können, d. h. wenn wir von größeren
Streiks und Aussperrungen verschont bleiben.

Gewiß waren wir gezwungen, in den letzten
Jahren im Hinblick auf die große Bewegung
der Lederverwarebranche Zurückhaltung zu üben,
doch jetzt pochen, und zwar mit Recht, die
anderen Branchen darauf, daß mehr als bisher
für sie zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung
von Verbandswegen getan wird und die durch
die Statistik aus Tageslicht gefördert werden
sollten. Es ist doch wohl keinem
Gegner der Beitragserhöhung in den Sinn ge-
kommen, daß wir aus Mangel an Mitteln vor
wirtschaftlichen Kämpfen zurückschrecken, oder
die Unterstützungssätze im erwerbslosen Falle
herabsetzen sollen. Weil dem so ist, müssen aus-
nahmslos alle Mitglieder danach trachten, der
Hauptkasse mehr Mittel zuzuführen.

Wenn nun von verschiedenen Seiten be-
hauptet wurde, die Agitation für den Verband
wird durch die Beitragserhöhung erschwert, so
kann mit Recht dem entgegengestellt werden, daß
die Gewerkschaften erst zu dem ausschlaggeben-
den Faktor im wirtschaftlichen Leben geworden
sind, nachdem sie die Beiträge wesentlich erhöht
und so die Organisationen in jeder Weise

leistungsfähiger ausgestaltet haben. Grade für die Inaktiven bilden die Unterstützungsleistungen einen Magnet, der sie noch am ehesten zur Organisation zieht. Doch der Zentralvorstand ist weder blind noch taub gegenüber Anregungen aus dem Mitgliederkreise und hat deshalb, wie aus seinen Anträgen ersichtlich, Rücksicht darauf genommen und dem Verbandstag eine Resolution vorgeschlagen, wonach in wirtschaftlich zurückgebliebenen Orten bis zum 1. Januar 1914 der Beitrag auf 50 Pf. bezw. 25 Pf. belassen werden kann.

Wohl ist die Beitragsstaffelung, die davon ausgeht, die Beitragsleistung der Entlohnung und Leistungsfähigkeit der Mitglieder anzupassen, im Prinzip berechtigt. Der Hauptvorstand würde seinen Augenblick zögern, einem solchen Plane seine Zustimmung zu geben, wenn ein gangbarer Weg gefunden würde. Alle Kombinationen aber, die geprüft wurden, erwiesen sich als ungeeignet für den gedachten Zweck. Ja, wenn alle unsere Mitglieder, wie bei den Bauarbeitern, gegen Stundenlohn arbeiten würden, wäre es ein leichtes, Staffelleistungen einzuführen. Bei uns aber herrschen an einem Orte die unterschiedlichsten Lohnverhältnisse. Die Ortskassierer hätten schließlich mit sechs verschiedenen Marken abzurechnen, und da jede Leistung eine entsprechende Gegenleistung erfordert, so müßten anstatt der jetzt schon eingeführten 16 verschiedenen Erwerbslosenunterstützungssätze mindestens 48 eingeführt werden, wozu noch die anderen Unterstützungsleistungen mit ihren Sonderbestimmungen kommen. Die notwendige Folge wäre eine enorme Vermehrung der Verwaltungsarbeiten und -kosten, die mit einer eventuellen Mehreinnahme gar nicht in Einklang zu bringen sind.

Die Münchener Generalversammlung wird sich daher mit den Staffelleistungen nicht allzu lange beschäftigen können, ebenso wenig mit der Verschmelzung zu einem Leder- und Sattlerverband oder gar mit der Gründung eines allgemeinen Arbeiterverbandes. Hier haben wirtschaftliche Bedingungen das entscheidende Wort zu sprechen, weshalb ein Vorgehen unsererseits völlig überflüssig ist.

Mit der Förderung der Brancheninteressen steht die Einführung der Branchenkongressen in engerer Verbindung. Im allgemeinen spricht die Konstruktion unserer Verbände gegen Kongressen und für Branchenkongressen. Der Autosattler in Stettin hat die gleichen Berufsinteressen wie der in Mannheim oder Stuttgart; der Militärsattler in Straßburg dieselben wie der in Berlin, Elberfeld oder Offenbach; der Koffersattler in Bielefeld dieselben wie der in Bielefeld, Magdeburg, Stuttgart und Hannover. Der Offenbacher Portefeullier steht dem Berliner oder Weiziger näher als seinem Kollegen aus der Gießhüttenbranche am Orte. Die Berufsgruppen der verschiedensten Städte stehen mehr in Verbindung miteinander als zwei oder drei an einem Orte, wie z. B. in Berlin. Weil dem so ist und weil die Unternehmer die Löhne eines Ortes gegen den anderen auspielen, der Verbandstag aber die beruflichen Fragen einer jeden Sparte nicht berücksichtigen kann, darum muß eine Einrichtung nicht erst neu geschaffen, aber mehr aus dem bisherigen Rahmen herausgehoben werden, und das sind die Branchenkongressen. Selbstverständlich kann nun nicht jede Branche eines Ortes eine Konferenz einberufen, oder irgendeine Ausstellung soll als Anlaß dafür genommen werden; hier müssen neben der Notwendigkeit auch die Vorarbeiten mitsprechen. Die Branchenkongressen haben zentrale Branchenleitungen zur Voraussetzung, die mit den örtlichen Branchenleitungen in Verbindung und in Meinungsaustausch aller wichtigen Berufsangelegenheiten stehen; sei es, daß ein neuer Artikel oder eine neue arbeitssparende Maschine eingeführt wird, neue Fabriken errichtet werden usw., Aufnahme neuer Berufsstatistiken und vor allem gemeinsame Verständigung bei Einreichung von Forderungen. Die Branchenleistungskommissionen sollen nicht allein Tarifkommissionen, sondern sie sollen zur

Regelung aller fachlichen und beruflichen Angelegenheiten, soweit sie mit unserem Verbandsstatut in Einklang zu bringen sind, berufen sein. Da nun fast alle in unseren Verbänden vertretenen Branchen am Sitz der Zentralleitung vertreten sind, wird es praktisch sein, die Zentralbranchenleitungen in Berlin zu errichten. Die Ortsverwaltungen können dann bei der Zusammenlegung darauf Bedacht nehmen, ihre Beisitzer aus jedem Berufe resp. den örtlichen Branchenleitungen zu entnehmen, wie auch als Beisitzer des Zentralvorstandes die Obleute der Zentralbranchenleitung fungieren sollen. Damit kann erreicht werden, daß jede Ortsverwaltung über den Stand jeder Branche ständig unterrichtet ist. Dringend zu wünschen ist, daß die Diskussion zur Münchener Generalversammlung ihren Fortgang in der Zeitung und in den Versammlungen nimmt. Aber ebenso zu wünschen ist, wenn der Antrag des Zentralvorstandes auf Erhöhung des Beitrages seinem Werte entsprechend behandelt wird. Denn schließlich soll doch nicht vergessen werden, daß der Zentralvorstand die Mehreinnahme nicht für sich, sondern zur besseren Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder beschaffen will. Dann mögen die Kollegen daran denken, daß neben dieser wichtigen Frage noch andere Probleme an eine gewerkschaftliche Organisation herantreten, die gelöst werden müssen, aber vorher einer stürmischen bedürfen. Der Zweck dieses Beitrages soll sein, die Diskussion zur Generalversammlung auch auf andere Gebiete zu lenken, um so die Meinungen zu klären, damit in München Beschlüsse zeitig werden, die uns in unserem Verehrungskampfe die Wege ebnen.

XV.

In der ordentlichen Jahresversammlung der Verwaltungsstelle Berlin am 21. Februar referierte Kollege Schulze über: Die Aufgaben des nächsten Verbandstages. Zuerst behandelte Medner die Entwicklung der Organisation seit dem letzten Verbandstage. Die Gedanken der Kollegen beider Organisationen, daß durch die Verschmelzung ein Teil aus Kosten des anderen benachteiligt wird, hat sich zum Glück nicht erfüllt. Die Kollegen der Portefeullierbranche, welche bei den verschiedenen Verschmelzungen mit den Ausländern nicht die besten Erfahrungen gemacht hatten, befürchteten, daß eine Vernachlässigung ihrer Interessen Platz greifen würde. Andererseits befürchteten die Sattler, daß sich die ganze Wirksamkeit der Organisation nur um die Portefeullier- und Keiserrattlerbranche drehen würde. Ja, selbst die Tischler gaben der Befürchtung Ausdruck, daß die Portefeullier durch ihre größere Zahl in der Lage sein werden, nur für sich Vorteile zu erringen. Nach den bisherigen Ergebnissen haben sich alle diese Bedenken als nichtig erwiesen; denn keine unserer Branchen ist in ihrer Entwicklung, auch in der Erringung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen aufgehalten worden, was ja durch die Zahl der Bewegungen und Erlebnisse von Differenzen hinlänglich bezeugt sein dürfte. Was die Ausbreitung der Organisation anbelangt, so dürfte auch diese als befriedigend bezeichnet werden. Nach der letzten Berechnung (3. Quartal 1911) beträgt die Gesamtmitgliedszahl 13763. Das bedeutet seit der Verschmelzung ein Plus von 2700. In Berlin betrug die Mitgliederzahl am 1. Juli 1909 inklusive der weiblichen 2550 und am 31. Dezember 1911 3420 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 870. An dieser Zahl sind die Portefeullier mit 288 beteiligt. Der Uebertritt erfolgte mit 615 Mitgliedern, während jetzt die tatsächliche Zahl von 915 zu verzeichnen ist. Soweit diese Entwicklung der Organisation der Beurteilung des Verbandstages unterliegt, dürfte sie als befriedigend anerkannt werden. Nicht gleichen Schritt mit der Mitgliederzunahme haben die Massenverhältnisse gehalten. Die Sanierung der Kasse wird auch der Kardinalpunkt des diesjährigen Verbandstages sein. Eine Konferenz der Kaufleute mit dem Zentralvorstand ist zu dem Beschlusse gekommen, daß eine Erhöhung der Beiträge dringend notwendig sei. Die einigermaßen guten Massenverhältnisse ergeben sich nur daraus, daß die Bewegungen ohne Streit und ohne große Opfer zu Ende geführt werden konnten. Das Vermögen vermehrte sich von 233 186 Mk. am 1. Juli 1909 auf 301 770 Mk. am 1. Oktober 1911, mithin eine Steigerung von 68 604 Mk. An die ist die Zunahme eine ansehnliche zu nennen. Wenn man aber bedenkt, daß die Mitgliederzahl um 37 Proz. zugenommen hat, während das Vermögen nur um 28 Proz. gestiegen ist, so muß dieses Anlaß zu Bedenken geben. Gelang es nicht, die Bewegung der Keiserrattler- und Portefeullierbranche ohne Arbeitsniederlegung durchzuführen, so ständen wir heute vor einem Nichts.

Müßte diese Branche, wo 6000 Mitglieder in Frage kommen, zur Arbeitsniederlegung greifen, so wären mindestens 90-100 000 Mk. zur Unterbringung erforderlich. Mit dem vorhandenen Kapital war es also nur 3 Wochen möglich, den Kampf zu führen.

Nun geht die Ansicht eines Teils der Kollegen dahin, daß wir vor 1916 (wo der Tarif für die Keiserrattlerbranche abläuft) nicht zu einer ähnlichen Situation kommen würden. Dem ist aber nicht so. Denn der Zusammenschluß der Fabrikanten aller Branchen zwingt uns, beizutreten zur Sanierung unserer Massenverhältnisse Stellung zu nehmen, und nicht erst, wenn die Bewegung bereits im Gange ist. Bereits die Bewegungen, die uns in diesem Jahre bevorstehen, werden den Beweis dafür erbringen. Die Bewegung in der Wagenbranche, wo die Entwicklung dazu geführt hat, daß die größeren Unternehmungen die eigentlichen Fabrikanten der Fabrikate sind und über ganz Deutschland erst kleinere Unternehmer mit der Fertigung betrauen, kann dazu führen, daß die Bewegung über ganz Deutschland ausgedehnt werden muß. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Militär- und Treibriemenbranche. Vom Kollegen Baum ist bereits in jenem Artikel darauf hingewiesen worden, daß der Zentralvorstand die Absicht habe, eine Beitragserhöhung von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder zu fordern. Dabei wird auch die Frage der Staffelung eine Rolle spielen, jedoch verspricht sich Medner davon nichts. Vor allen Dingen wird es schwer sein, eine Norm zu finden, nach der die Staffelung zu geschehen hat. Nach Orten wird es nicht möglich sein, da in den großen Städten wieder verschiedene Branchen vorhanden sind; und nach Branchen wird es auch nicht möglich sein, da trotz der Tarifverträge die Löhne in den Branchen sehr verschieden sind. Aber auch die Staffelung nach Verdiensten wird nicht möglich sein, da eine Kontrolle hier nicht möglich ist. Es wird ja wieder angeführt werden, daß es durch die hohen Beiträge auf dem platten Lande erschwert sein wird, für die Ausbreitung der Organisation zu agitieren. Medner ist der Meinung, daß nicht die hohen Beiträge schuld daran sind, daß es auf dem Lande nicht vorwärts geht, sondern das Gefühl des Verlassenseins ist es, was die Kollegen davon abhält, zur Organisation zu kommen. Genau wie den einzelnen Seminararbeitern, die auch zum größten Teil sich nicht um die Aufzuehlung kümmern, ist es bei den Kollegen auf dem Lande. Denn auch dort ist ja zu verzeichnen, daß selten mehr als ein Kollege beim Keiserrattler beschäftigt ist. Aus all diesen Gründen sind die Vorschläge des Zentralvorstandes zum ferneren Gedeihen unserer Organisation durchaus notwendig. Genügt wird ein großer Teil unserer Mitglieder wieder damit kommen, daß auf sämtlichen Generalversammlungen nur immer die Beiträge erhöht wurden. Diese jährlichen Beitragserhöhungen haben aber ihre Ursachen darin, daß auch gleichzeitig die Unterstützungen erhöht wurden. So 1908 in Kassel wurden die Beiträge von 25 auf 40 Pf. erhöht, gleichzeitig die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung beschlossen. 1906 in Dresden wurde der Beitrag auch wieder um 5 Pf. erhöht, aber auch die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde für längere Mitgliederdauer erhöht. Die Krankenunterstützung wurde nach zweijähriger Mitgliedschaft. Im Köln 1909 gelangte wieder eine Beitragserhöhung zur Annahme, gleichzeitig eine Verkürzung der Karenzzeit bei der Arbeitslosen- sowie Krankenunterstützung. Ebenso erfolgte die Erhöhung der Streikunterstützung sowie der Beerbtungsbeiträge. Aus all diesen Erhöhungen ist die Kubanwendung zu ziehen, daß die diesmalige Beitragserhöhung nicht gleichzeitig eine Erhöhung der Unterstützungsätze nach sich zieht, sondern möglichst reiflich der Hauptkassier zur Durchführung der bevorstehenden Bewegungen zur Verfügung gestellt wird. Neben der zentralen Beitragsfrage wird auch die obligatorische Einführung der Lokalbeiträge eine Regelung auf dem Verbandstage erziehen müssen. Von dieser Regelung werden ja alle diejenigen Kollegen der Portefeullierbranche betroffen, welche es im Jahre 1909 verabzäumt haben, sich der bestehenden Lokalkasse anzuschließen.

Eine weitere Frage dürfte die bereits angeregte Einberufung von Branchenkongressen sein. Diese sollen statt der Kongressen stattfinden. Im Interesse der einzelnen Branchen wäre es nur zu begrüßen, wenn diese Frage im angeregten Sinne ihre Erledigung findet.

Die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Errichtung einer Lehrlings- und Jugendabteilung hat leider die gehegten Erwartungen nicht erfüllt. Der Hauptzweck, welcher damit verfolgt wurde, war, gute Mitarbeiter zu gewinnen; der gewünschte Erfolg ist aber ausgeblieben. Der weitere Zweck, diese Lehrlinge sofort nach beendeter Lehrlingszeit dem Verbandsverband als ordentliche Mitglieder zuzuführen, wäre sowieso erfolgt, da der überaus große Teil dieser Mitglieder in Betrieben beschäftigt ist, wo auch die Kollegen ganz organisiert sind.

Eine bessere Erfahrung ist mit der ebenfalls auf Beschluß des letzten Verbandstages zur Einführung gelangten Nachbeilage gemacht worden. Die Einführung hat sich allem Anschein nach als ein dringendes Bedürfnis herausgestellt. Sollte es möglich sein, diese Beilage noch vielseitiger zu gestalten, so dürfte es ein gutes Agitations- und Fortbildungsmittel für die Kollegenschaft sein.

XVI.

Hildesheim. Am Sonntag, den 25. Februar fand hier eine Versammlung zwecks Stellungnahme zur Generalversammlung statt. Sämtliche Kollegen waren gegen die vom Zentralvorstand geplante Beitragserhöhung von 50 auf 60 Pf. hauptsächlich weil von einer Erhöhung der Unterstützungen keine Rede ist. Sollte aber doch die geplante Erhöhung eintreten, so wurde allgemein gewünscht, daß auch die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erhöht werde. Es wurde schon von verschiedener Seite in unserer Zeitung angeführt, daß unsere Organisation kein Unterstützungsverein ist, was aber die Agitationsarbeit bei den Krankengestellten kennt, der weiß, daß man nur mit dem Hinweis auf die Unterstützungen Mitglieder erwerben kann. Im übrigen schloß sich die Versammlung in allen Punkten den Ausführungen des Kollegen Holzweisz-Premerhagen an. Wenn bei einer Beitragserhöhung der Mitgliederbestand auch nicht erheblich zurückgehen würde, so wäre sie uns bei der Agitationsarbeit doch sehr hinderlich. Hauptächlich hätten die kleinen Filialen darunter sehr zu leiden, deren Mitglieder bei den Krankern in Kost und Logis sind. Die Einführung von Staffelleistungen ist ganz zu verwerfen, weil sie den Verwaltungsstellen wohl viel Arbeit, aber nicht den gewünschten finanziellen Nutzen bringen würde. Der vom Kollegen Holzweisz erwähnten Verschmelzung wurde zugestimmt. Der Wunsch einiger süddeutscher Filialen nach Brandenkongressen für Wagen- und Autojattler ist zu beizurworten.

Die Wirkung der Preissteigerung auf die Kaufkraft der Lohneinkommen.*)

I.

Inwieweit unsere Sozialpolitik unmittelbar in die Gestaltung des Arbeitseinkommens eingreift und nicht lediglich hygienische oder technische Betriebsbedingungen regelt, nimmt sie auf die Wandlungen in der Kaufkraft des Lohnes seine Rücksicht. Sie ist reine Nominallohnpolitik. Lohnsätze werden zwischen Verbänden der Arbeiter und Arbeitgeber auf Jahre

* Unter dem Titel "Preissteigerung und Reallohnpolitik" haben zwei Nationalökonomien, Prof. Stephan Bauer von der Universität in Basel und Irving Fisher von der Yale Universität in New Haven in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von Julius Springer in Berlin) eine Denkschrift veröffentlicht, die in dem Vorworte sagt, eine internationale Kommission zur Untersuchung der Steigerung der Lebenskosten einzusetzen. In der Denkschrift wird zunächst der Koeffizient der Entwicklung der Preis- und Lohnstatistik dargestellt und der Versuch gemacht, die Ursachen der Preissteigerung länderweise vorzuführen. Sodann werden die Ursachen der Teuerung (Industrialisierung der Welt oder Goldproduktion?) erörtert; ihre Wirkungen auf die Sozialpolitik werden einer geschichtlichen Analyse unterworfen. Was endlich die Reformen betrifft, so wird unterschieden zwischen solchen, die die Kaufkraft der Geldeinheit betreffen, also in internationale Vereinbarungen münden würden, deren Ziel die Wertbeständigkeit der Zahlkraft wäre, und solchen Eingriffen, die darauf hingingen, die Kaufkraft der Lohneinkommen nicht unter eine näher zu bestimmende Grenze sinken zu lassen. Reorganisation des Zwischenhandels, Mindestlöhne, Handels- und Kartellpolitik.

Die Verfasser haben sich begreiflicherweise enthalten, der einguberufenen Kommission Vorschläge zu erstatten, sondern lediglich sich bemüht, die Teuerungssfrage auf die internationale Tagesordnung zu stellen und das Interesse aller Kreise für eine parteilose Behandlung wachzurufen. In der Tat ist ja diese Frage ebenso Arbeiter-, wie Agrar-, wie Finanz-, wie Bevölkerungssfrage. Produzenten wie Konsumenten, Steuerträger und Steuerempfänger werden die Arbeit Bauer-Fishers mit Nutzen lesen, um für den weiteren Verlauf der neuen internationalen Kommission Verständnis zu gewinnen.

Da bei den Mitgliedern unseres Verbandes stets ein reges Interesse für Fragen vorherrscht, wie sie in dieser Denkschrift wissenschaftlich und doch leicht verständlich behandelt werden, so haben wir den Verlag Julius Springer, Berlin, ersucht, uns den Abdruck des 3. Kapitels zu gestatten, was uns auch in dankenswerter Weise gewährt worden ist.

hinaus abgeschlossen, in der stillen Voraussetzung, daß derselbe Lohnbetrag dieselbe Menge von Gütern des Lebensbedarfs zu Beginn und am Schluß der Vertragsperiode kaufen werde. Und solche Lohnverträge verbarren nun gar in Betrieben, deren Lohnordnungen einseitig von der Fabrikleitung erlassen werden, oft ein Jahrzehnt hindurch auf gleicher Höhe. Je stabiler die Anstellungsbedingungen, je beamtenhafter das Dienstverhältnis, desto stärker tritt diese Annahme der gleichbleibenden Kaufkraft des Lohnes zutage.

Näher befehen wird aber durch eine Reihe von Maßregeln des Arbeitseinkomes nicht der Nominallohn, nicht das Geldeinkommen, sondern die Ausgabenhöhe für den Lebensbedarf, das Auskommen der Arbeiterfamilien berührt. Wer die Hauptschwermigkeiten des gesellschaftlichen Lebens beobachtet, erkennt, daß sie in der Inzulänglichlichkeit der Löhne oder in der Arbeitslosigkeit der Eltern ihre Hauptursache haben; daher die Schwermigkeit seiner Durchführung in der Heimarbeit. Der Widerstand, der in manchen Arbeiterschichten einer Kürzung der Arbeitszeit geleistet wird, entspringt der Befürchtung einer Verkürzung des Reallohns. Und dieser ist es auch, der in der Preis- und Lohnbildung selbst eine wesentliche Rolle spielt.

Treten wir in eine Baumwollwarenfabrik und fragen wir, nachdem wir einen Blick auf die ausgehängte Lohnabelle für Stapelfabrik des Weltmarktes geworfen, den Betriebsleiter, nach welchen Grundbegriffen der Lohn für neue Artikel kalkuliert wird. Er erklärt, die Berechnung vollziehe sich in der Weise, daß zunächst die Kosten des Rohmaterials zu seinen herrschenden Preisen veranschlagt werden; zu diesen werden bestimmte feste Quoten der Regie, der Amortisation, des Gewinnes hinzugeschlagen, und zu diesen die den herrschenden analogen, meist aus ihnen abgeleiteten Lohnsätze. Diese Summe wird dem bestellenden Kommissionär namhaft gemacht. Erklärt dieser nun, der Preis sei zu hoch, er bestimme niedrigere Angebote, so wird häufig durch Verhandlungen mit den Arbeitern zunächst versucht, einen niedrigeren als den ursprünglich berechneten „historischen" Lohnsatz zu erzielen. Das Ergebnis hängt ab von dem Grade der Entbehrlichkeit der entsprechenden Arbeitergruppe für den Betrieb, ihrer Ersetzbarkeit durch geübtere, angelegene Maschinenarbeiter, von ihrer Intelligenz, ihrer Einigkeit, ihren Lebensansprüchen. Mädchen werden niedrigen Lohnsätzen leichter zustimmen als Frauen, diese leichter als Männer, Heimarbeiter leichter als Fabrikarbeiter. Ist die Einigung erzielt, so wird man sagen müssen: der Konturenpreis des Kommissionärs hat die Kosten bestimmt; die Verteilung der Kostenbestandteile ist durch den Druck des Gewinnanspruches auf die kulturgeschichtlich erworbenen Lebensansprüche der Arbeiter, also auf das Element des Reallohns, und durch ihren Gegendruck erfolgt.

Dies ist der ähner, alltägliche Vorgang der privatwirtschaftlichen Auseinandersetzung. Reicher Theorie über Wesen und Ursprung des Unternehmertums am Nationalprodukt man hulbige, so wird man für gewisse Industrien und Unternehmungsformen in diesem privatwirtschaftlichen Sinne den Satz Ricardo gelten lassen können, daß der Anteil des industriellen Unternehmerrückgewinnes von Höhe oder Niedrigkeit des Lohnes abhängt, der Lohn (b. h. seine Kaufkraft) von dem Preise der Gegenstände des Lebensbedarfs, die Höhe dieser Ausgabe wieder wesentlich von den Preisen der Nahrungsmittel, da alle übrigen Waren in fast unbegrenztem Maße produziert werden können (Worke eb. 1886 S. 66).

Wie zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ist nun wohl für die überwiegende Mehrheit der Lohnarbeiter die Beziehung zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen eine noch unmittelbare gewesen als heute. Aus Wochenrechnungen der englischen Arbeiter, die David Chadwick für die Jahre 1839, 1849, 1859 aufgestellt hat, geht hervor, daß von einem Wochenverdienst von 30 Schilling einer aus fünf Personen bestehenden Familie nahezu zwei Drittel auf die Nahrung entfielen. Dies gilt in unserer Zeit in Normaljahren der Beschäftigung und der Preisbildung nur von einer Minorität unterentlohnter Industriearbeiter. Wenn also damals eine Steigerung der Nahrungsmittelpreise den Arbeiter weit empfindlicher traf als heute, so wirkt die Befürchtung eines Rückfalls aus der durch die Bemühungen zweier Generationen erzwungenen Lebenshaltung, vor einer Deffizierung, heute psychisch intensiver als zu der Zeit, da sich das ganze Sinnen und Trachten nur auf die Wahrung der armstetigsten Proletariatsregistenz erstreckte.

Während sich nun die Steigerung der Geldlöhne in einer Reihe von Vorgängen abspielt, die der Lohnempfänger beobachten kann, ja an denen er bei Lohnbewegungen und Ausständen teilnimmt, liegt der Ursprung der Veränderungen der Kaufkraft des Lohnes, der Reallohns, völlig außerhalb seines Gesichtskreises. Er läßt daher Krämern, Wädem, Metzger

seinen Groll ebenso fühlen, als wären diese die schuldigen Lohnherren. In diesen Prolet- und Fleischmüllern liegt aber, bei all ihrer Sinn- und Zwecklosigkeit, der dumpfe Protest gegen die völlige Trennung von Geldlohn und Reallohn. In den Ansprüchen der modernen Lohnarbeit fallen beide zusammen. Der Knecht und noch der Arbeiter auf der Erde erhalten Speise und Trank im Laufe des Meisters. Der Übergang zum Geldlohn vollzieht sich vor allem in den Teuerungperioden des Mittelalters; die Klagen des Arbeiters über Verschlechterung der Verköstigung sind dafür bezeichnend. Dem neuen Geldlohn setzen Kunst oder Stadtbeförderung Grund der gleichfalls fixierten Lebensmittelpreise sein. Der neue Geldlohn ist also in Wirklichkeit nach seiner Kaufkraft bemessen, in Reallohn. Das liegt im Sinne der Zeit, und der Gesetzgeber selbst greift in ihrem Sinne ein. So wird ein zum Leben reichender Lohn (Lohnwage) und Zahlung in Geld, nicht in Erz, verlangt, also ein Truderverbot in einem der ältesten Schutzgesetze der Bergarbeit erlassen, im Aus Regale Montanorum Wenzels II. von Böhmen (1300-1305).

Der gesetzliche Schutz des Reallohns fällt aber im Mittelalter mit den allgemeinen Interessen der städtischen Teuerungspolitik zusammen. Erfährt die Erhaltung des gewohnten Nahrungsstandes durch elementare Ereignisse, wie durch den Ausbruch der Pest (1349) in Italien, in Frankreich und England schwere Erschütterungen, so sucht der Gesetzgeber einmal die Kaufkraft des Lohnes durch eine ständige Lebensmittelpreiserhöhung der Städte zu sichern; er bindet Landarbeiter und Pächter an Pflanz und Scholle. Andererseits sucht der Staat, am Feilande die Stadt, dem Steigen der Geldlöhne durch das Verbot, mehr als den gesetzlichen Höchstlohn zu zahlen, vorzubeugen. Das Prinzip des Maximallohns hält den Reallohn in engen Schranken. Nicht durch Steigerungen des Geldlohns, sondern nur durch Verbildigung der Lebensmittel kann der Reallohn steigen. Der Aufschwung der Landwirtschaft im 15. Jahrhundert scheint eine solche Zunahme der Kaufkraft in Westeuropa herbeigeführt zu haben. Sie erreicht mit der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts ihr Ende. Diese nimmt in Spanien ihren Ausgang. Man sagt 1506, 1520, 1523 über Fleisch und Brotteuerung; die Cortes erkennen 1554, daß der Geldüberflus Indiens die Preise in die Höhe treibe. Von den neuen Gold- und Silberländern irahrt nun die Teuerung aus. Alle großen Arbeitsausstände des 16. Jahrhunderts sind Teuerungsskrisen: so jene der Bergknappen von Joachimsthal (1525), jener der Buchdrucker von Lyon und Paris (1530, 1541). Am 1. Mai 1531 bricht in Lucca der Aufruhr der Strachioni aus; die Seidenweber ziehen unter Vorantragung einer schwarzen zerfetzten Fahne vor das Rathaus und verlangen einen neuen Tarif wegen der herrschenden Teuerung. Diese selbst wird, genau so wie im Proletarischen Gift von 301, auf die unerfährliche Habgier einiger weniger zurückgeführt. Aber im Jahre 1568 erklärte Jean Bodin — und er wiederholte dies vor der vom König einberufenen Preisgenote 1574 — daß die Preise infolge der Goldmetallflüsse aus der neuen Welt gestiegen seien, und er wies anderen Ursachen der Preissteigerung nur eine sekundäre Bedeutung zu. (Fortsetzung folgt.)

Ein erfolgreicher Angriff gegen das Sweating-System in England.

Die Wirkung der Trade Boards Act 1909 (Erlaß des Handelsministeriums) ist ein Gegenstand von großer Bedeutung für den Sozialreformer; denn er stellt den ersten Versuch des Staates dar, unter der modernen Organisation der Industrie bei der Regulierung der Löhne zwischen den Meistern und den Arbeitern direkt vermittelnd einzugreifen. Der Schrei der ausgebeuteten Arbeiter überwand endlich das Widerstreben des Parlaments, sich in die bisher geheiligten Regionen der Löhne hineinzudringen. Um einen Versuch zu machen, wurde das Parlament ermächtigt, Trade Boards zu errichten zu dem Zweck, die Mindestlöhne von 4 auserlesenen Industrien festzusetzen. Es sind dies folgende Gewerbe: 1. Konfektionsbranche und deren Großvertrieb. 2. Kartonfabrikation. 3. Spitzenindustrie (Herstellungsspezial der mit Maschinen hergestellten Spitzen). 4. Die verschiedenen Abteilungen der Kettenfabrikation. Die Kettenfabrikation wurde zuerst mit Erfolg angegriffen. Früher verdienten die Frauen 8 Schilling pro Woche, während sie jetzt 12 Schilling verdienen, also ein Mindestlohn von 2½ Pence (20½ Pf.) pro Stunde.

In den Abteilungen der männlichen Arbeiter, wo die Löhne ebenfalls sehr gering waren, bestehen jetzt zwei Mindestlöhne von 41-58 Pf. pro Stunde. In der Spitzenindustrie zu Nottingham waren die Löhne besonders schlecht, und es läßt sich nicht bestritten, daß früher eine große Anzahl Frauen

nicht einen blanten Penny pro Stunde verdienen, während jetzt ein Stundenlohn von drei Pence festgesetzt ist. Es ist noch zu bemerken, daß vor einigen Jahren von den besten Firmen Versuche gemacht worden sind, ihren Arbeitern einen angemessenen Lohn zu sichern auf Grund einer herausgegebenen Liste der Affordpreise für eine Durchschnittsarbeiterin. Aber die Sache fiel bald wieder in sich zusammen, wie alle anderen freiwillig eingeführten Neuerungen.

In Anbetracht der großen Anzahl der beschäftigten Personen, in der mannigfachen Art ihrer Erzeugnisse und in ihrer geographischen Dezentralisation bietet die Kartonsfabrikation weit größere Schwierigkeiten, dergleichen die Konfektionsbranche. Dabei ist in diesen Gewerben die Arbeit nicht so weit fortgeschritten. Die Kartonsfabrikation gewährt 22 000 Arbeitern Beschäftigung, von denen ungefähr 17 000 weiblichen Geschlechts sind.

Es lauchte nun die schwierige Frage auf, ob derselbe Lohnsatz für das ganze Land oder ob eine Differenzierung zwischen den einzelnen Arealen gestattet sein sollte. Man entschied sich dahin, daß die Bilanz des Ueberschusses bei einem gewissen Satze verbleiben sollte. Eine ähnliche Entscheidung wurde später durch den Ausschuh der Konfektionsbranche getroffen. Geseftliche Einsprüche betr. der Gültigkeit der bisher festgesetzten abgestuften Lohnsätze werden die Einführung des Mindestsatzes von 25 Penny pro Stunde, wie vom Trade Board angenommen wurde, bis auf weiteres hinausschieben. Ungefähr im Juni wird der Mindestlohn in Kraft treten, obgleich vom Dezember v. J. eine beschränkte Zeitdauer derselben unterliegen wird. Auch sind Stücklöhne noch festzusetzen.

Die Verbesserung der Löhne, welche durch dies Verhältnis erreicht worden ist, variiert in den verschiedenen Zweigen des Gewerbes. Die Hündholzschnitzmacher z. B. erhielten gewöhnlich 2 Pence pro Gros, welches selten mehr als 1 1/2 Pence und oft noch weniger als Lohn ergab. Der Ausschuh der Konfektionsbranche war errichtet worden, um ursprünglich nur mit den Herrenschneidern zu unterhandeln. Nach langem Zögern entschied man sich für einen allgemeinen Mindestlohn von 3 1/2 Pence für Frauen und 6 Pence für Männer pro Stunde. Dies war im Oktober 1911.

Indessen müssen laut Erlass erst 9 Monate vergehen, bevor dieser Satz allgemein obligatorisch wird. In jedem Gewerbe ist die Frage der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gleichfalls behandelt worden. Es bestand die Gefahr, daß die Zahlung des Mindestlohnes umgangen werden möchte, durch eine große Zunahme von sogenannten Lehrlingen. Dieser möglicherweise stattfindenden Auswuchs ist in der Kartonsfabrikation folgendermaßen vorgebeugt worden: 1. Daß alle Lehrlinge vom Trade Board ein Zeugnis erhalten müssen. 2. Daß einem jeden Lehrling von 14 Pf. an pro Woche gemäß der Lohnskala gezahlt werden muß und daß in drei Jahren durch vierteljährliche Zulagen der Durchschnittslohn eines Erwachsenen erreicht wird. 3. Daß kein Arbeiter über 18 Jahre als Lehrling betrachtet werden darf. 4. Daß das Verhältnis von Lehrlingen den gewöhnlichen Arbeitern gegenüber eine gewisse Grenze nicht überschreiten darf und 5. Daß ein jeder Lehrling die billige Aussicht hat, genügend Anstrahlung in der Ausübung seines Berufes zu erlangen. C. F.

Ist eine Gaukonferenz für den Gau Hamburg notwendig?

Mit dieser Frage beschäftigte sich Kollege F. V. Kiel in einem Eingehändl in Nr. 8 unserer Zeitung. Vor allem ist es die Beitragserhöhung, welche Anlaß zu einer solchen Konferenz geben soll. Da muß zunächst die Frage aufgeworfen werden: „Dah eine Gaukonferenz solch großen Einfluß, daß dadurch die Generalversammlung in ihrem Sinne beschließt?“ Da der Gau nur 2 Delegierte stellt, so ist das wohl kaum anzunehmen. Nur zum Zwecke der Diskuffion eine Gaukonferenz abzuhalten, dazu sind doch die Kosten zu hoch. Ein Gedankenaustausch wüßte sich auf schriftlichem Wege viel billiger ermöglichen lassen.

Nun zur Beantwortung der Fragen, „die vor allem einer Klärung bedürfen“. Eine eventuelle Änderung des Gaustatuts kann erst vorgenommen werden, wenn die Generalversammlung ihre Beschlüsse gefaßt hat. Daß nun die Art, wie agitiert worden ist, die beste sein soll, hat wohl noch niemand behauptet. Doch wären wir dem Kollegen F. V. sehr dankbar, wenn er uns Vorschläge zu einer besseren Art machen könnte. Man darf aber nicht verpassen, daß sich in der Agitation nie eine bestimmte Art, nach der gearbeitet werden soll, festlegen läßt. Auch von einer Gaukonferenz nicht. Hierbei muß immer von Fall zu Fall entschieden werden. Auch bei der bisherigen Agitation sind die positiven Erfolge klar zutage getreten. So haben

wir bei einem Mitgliederbestand am 1. Juli 1909 von 440 in zwei Jahren, bis 1. Juli 1911, 458 neue Mitglieder in den Verband in Gau aufgenommen. Allerdings machen wir nicht solche zweifelhafte Reizen wie seinerzeit die Kieler Untergaukommission nach Plön. Von dieser hatten wir auch vorher keine Kenntnis, somit wäre sie unterblieben.

Die Frage: „Soll man Untergaukommissionen eröffnen oder soll man ihnen Freiheit lassen?“ ist bisher noch von keinem Untergau gestellt worden. Die ehemalige Kieler Kommission hat, solange sie bestand, so gut wie gar nichts getan. Sie ist also nie richtig zum Leben gekommen. Als wir sie dann ganz tot glaubten, haben wir sie eröffnet, oder, richtiger gesagt, den Sitz des Untergaues nach Western verlegt. Wir glaubten, daß die Eröffnung eines toten Körpers schmerzlos vor sich gehe, doch wir haben uns getäuscht. Jetzt, nach fast einem halben Jahr, fängt er an zu schreien. Oder sind die Toten wieder auferstanden? Einmal will die Kieler Untergaukonferenz eröffnet sein, das anderemal ist sie wegen ungenügender Bewegungsfreiheit gestoppt. Wir haben den Untergaukonferenzen weit mehr Bewegungsfreiheit gelassen, als das früher der Fall war. So durfte nach § 6 des Gaustatuts von 1906 ohne Wissen des Gauleiters nicht einmal mit den Gewerkschaftstaktellen korrespondiert werden. Das verlangen wir nicht. Die Kommissionen, welche arbeiten wollten, haben es auch immer können. Sehr sonderbar ist es, daß gerade von Kiel eine Gaukonferenz verlangt wird, trotzdem dort nach Ansicht des Kollegen F. V. nicht nur eine tief eingewurzelte Antipathie gegen Untergau, sondern auch gegen die Gau vorhanden ist. Im Gegensatz zu F. V. habe ich die Gewißheit, daß es auch den Filialen ernst mit der Agitation ist, welche sich gegen eine Gaukonferenz erklärt haben. Gegen die Einsetzung von Agitationkommissionen in allen Filialen haben wir nichts einzuwenden, doch müssen sie von den Filialen finanziert werden.

Im Veranmlungsbericht von Kiel (Nr. 8) wird behauptet, daß Kostof für eine Konferenz sei. Am 9. Januar schrieb mir der Vorsitzende von Kostof wörtlich: „Am 8. 1. hatten wir unsere Versammlung, da haben wir auch den Brief von Dir besprochen über die Gaukonferenz. Da haben wir einstimmig gegen eine solche gestimmt, da dieselbe doch wenig Wert hat.“ Das ist für uns maßgebend. Daß mein beschränkter Gauleiterstand daraus keine Zustimmung für eine Konferenz finden kann, ist mir nicht meine Schuld. Nun haben uns alle Filialen ihre Meinung zum Antrag Kiel auf Abhaltung einer Gaukonferenz mitgeteilt. Dafür haben gestimmt Bremen, Kiel, Western und Bismar; dagegen sind Bremerhaven, Delmenhorst, Hamburg, Harburg, Rostof und Barel. Damit ist der Antrag abgelehnt. Für uns ist die Sache erledigt. Und nun, mein lieber Kris, sollen wir nun noch eine Gaukonferenz entgegen der Mehrheit abhalten?

Besten Gruß! E. Guldner.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Zur Unterhütung der auf Beschluß des Unternehmersvereins deutscher Porzellanfabrikanten am 24. Februar ausgefertigten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die dringende Anforderung an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands, sich an der allgemeinen Sammlung tatkräftig zu beteiligen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Kellom einige Dreher die Anfertigung einer neuen Sorte Molatoren verweigerten, so lange nicht eine Verständigung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vortrefflich geworden waren, erhielten sofort ihre Entlassung. Daraufhin legten sämtliche Molatorendreher des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiter für die bestreikte Firma in den anderen Molatorenfabriken hergestellt wurden, kündigten die im Verband der Porzellanarbeiter organisierten Molatorendreher bei allen dem Syndikat der Molatorenfabriken angehörigen Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher im Streik sich befinden. Nur zwei von den bestreikten Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und gehören der Unternehmer-Schutzbereinigung der Geschirrfabrikanten an. In den Geschirrabteilungen dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und wurde weiter gearbeitet. Trotzdem mischte sich der Unternehmerverein deutscher Porzellanfabrikanten in den Streik und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbands-

firmen beschäftigten Arbeiter, mit dem Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach 8 Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können und für die eine Woche mit dem vollen Durchschnittslohnentscheidend werden sollen, wenn sie einen Meyers unterschreiben, daß sie niemals dem Verband der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation genötigt werden.

Dem Verbands der Porzellanarbeiter bleibt angeht dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die Wirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterhütung der Aussperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. In der Treibriemenfabrik der Firma Rüger u. Mallon ergelkten auf dem Verhandlungswege unsere dort beschäftigten Kollegen eine Lohnzulage von 1 1/2 Pf. die Stunde, die Affordarbeiter 2 1/2 Proz. Die Sattler der Militärreifeffektfirma Hartmann erhielten auf gleichem Wege 3 1/2 Pf. Zulage die Stunde, die Affordarbeiter 8 Proz.

Frankfurt a. M. Die Lohnbewegung der Sattler in den Adler-Werken vorm. S. Meyer ist mit einem schönen Erfolge beendet worden. Erreicht wurden zirka 10 Proz. Lohnerrhöhung, ohne daß zum Mittel der Arbeitsniederlegung gegriffen wurde.

Aus unserem Beruf.

Material zu einem Suchtsausgeleh? Einem Kriassbriefe gleicht das „Zeugnis“, welches die Firma Janas Schübel, Gamafchen- und Willeber-Manufaktur, Berlin SW., Zimmerstraße 95/96, einem bei ihr beschäftigt gewesenem Sattler ausgestellt hat. Zeugnis.

Der Vorrichter N. N. war bei mir vom 26. August 1911 bis 21. Februar 1912 als tüchtiger und flinker Arbeiter beschäftigt, war jedoch, da er seine agitatorische Tätigkeit in meiner Fabrik wieder aufnahm, für meinen Betrieb nicht zu gebrauchen und erfolgte nur deshalb seine Entlassung.

Berlin, den 22. Februar 1912.

Janas Schübel.

Diese Firma hat es wirklich nicht nötig, bei der Gesamtkollegenchaft Deutschlands sich durch dieses „Zeugnis“ erit vorstellen zu müssen. Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen sind allgemein so bekannt, daß es niemanden besonders gelüßt, dort in Arbeit zu treten. War es doch die Firma Schübel, die mit unserer Organisation einen Mindestlohn von 51 Pf. pro Stunde vereinbart hatte, dessenungeachtet aber doch nur 48 Pf. zahlte. Erst durch eine Arbeitsniederlegung wurde sie zur abermaligen Anerkennung des Vertrags gezwungen. Kurz darauf erließ sie eine „Arbeitsordnung“ mit ungeheuren Verhaltensmaßregeln und Strafbestimmungen, wogegen die Arbeiter protestierten und Verhandlungen wünschten. Der Unternehmer kimmerte sich nicht darum, vielmehr entließ er kurzerhand den Werkstattvertrauensmann, worauf die Kollegenchaft in Streik trat, welcher drei Wochen währte. Unter den Streikenden im Vorjahre befand sich auch der mit dem famosen Zeugnis beglückte Vorrichter. Wenn Herr Schübel nun der Meinung ist, sein Vorgehen sei geeignet, die Organisation aus seiner Fabrik bannen zu können, so irrt er sich schwer. Er wird einmal froh sein, zur Aufrechterhaltung seines Betriebes überhaupt noch Arbeiter zu bekommen.

Würde ein Arbeiter einen Unternehmer so wie in diesem Falle an seinem weiteren Fortkommen hindern und ihn so in Verzug erklären, der Staatsanwalt wäre sicher mit seinen Maßnahmen bei der Hand, nach den Worten: „Schwere Ruchtsausstrafe demjenigen, welcher usw.“ Aber hier handelt es sich ja nur um einen Proletarier und dazu noch um einen organisierten.

Die Militärreifeffektfabrik Herrmann in Erfurt verdußt ebenfalls, gegen unseren Verband vorzugehen. An dieser Stelle haben wir bereits in voriger Nummer die Gründe dargelegt, welche unsere Kollegen bezogen haben, dort die Arbeit einzustellen. Das hat die Firma so in Garnisch gebracht, daß sie beschloß, durch eine Bestimmung in der Arbeitsordnung den Arbeitern ein für allemal die Meinung auszutreiben, daß es ein sogenanntes gesetzlich gewährtestes Koalitionsrecht gibt. Diese Arbeitsordnung enthält nämlich einen Paragraphen, der folgendes bestimmt:

„Kedner verpflichtet sich der Unterzeichnete, auf keinen Arbeiter oder Sattler der Firma Franz Hermann in Erfurt weder direkt noch indirekt innerhalb oder außerhalb der Fabrik einzuwirken, einer Arbeiterorganisation beizutreten, da jedem Arbeiter in meiner Fabrik seine freie Willensbestimmung gelassen sein soll. Im Zweifelsfalle verpflichtet sich der Unterzeichnete, eine Strafe von 30 Mk. von seinem Lohn abziehen zu lassen, welche Summe dem Erfurter Waisenhaus gegen Quittung überwiehen wird.“

Dieser Unternehmerterrorismus bedeutet die Ausübung eines durchaus ungesetzlichen Zwanges auf die Arbeiter.

Essen (Mubr). Seit dem 1. Januar 1912 bezieht für Essen und Umgebung eine Zwangsinnung der Sattler, Polsterer und Dekorateur. Aus diesem Anlaß sollte am 26. Februar die Wahl des Gesellensauschusses sowie deren Ergänzungen stattfinden. Da jetzt in der Innungsinnung auch die größeren Betriebe mit einbezogen sind, hatten sich die Kollegen recht zahlreich eingestellt. Selbst der amtierende Herr Obermeister wunderte sich, daß soviel Gehilfen in Essen beschäftigt seien, worauf ihm zugerufen wurde, daß es noch nicht alle wären. Selbstverständlich hatten auch unsere Brüder in Christo alles aufgeboten und ihre Leute herangezogen. Da sie wie ein betrübter Lobhopsler ihre Felle fortzuschwimmen sahen, wurde eingangs der Versammlung von Seiten der Christen Protest dagegen erhoben. Der Innungsvorstand hatte pflichtvergessenweise keine Liste über die bei Innungsmitgliedern beschäftigten Gehilfen vorliegen und konnte somit die Wahl nicht ordnungsgemäß stattfinden. Auch unsererseits wurde dies gerügt und zugleich der Vorschlag gemacht, die Wahl zu verschieben und ein größeres Lokal bereit zu stellen. Desgleichen acht Tage vor der Wahl die Liste auszuliegen, damit jeder wahlberechtigte Kollege in dieselbe Einsicht nehmen, oder durch eine Legitimation seitens der Arbeitgeber der Kollege sein Wahlrecht ausüben kann. Bis jetzt war der Ausschuss in Händen der Christen und man hat nie etwas von der Tätigkeit desselben gehört. Wenn auch die Gesellensauschüsse meist als dekoratives Anhängsel der Innung gelten, so können sie immerhin noch etwas segensreich wirken betreff Lehrlingswesen und Arbeitsvermittlung. Wir werden alles versuchen bei der in nächster Zeit stattfindenden Wahl den Ausschuss in unsere Hände zu bekommen und dementsprechend zu wirken.

Ausland.

Calgary (Kanada). Vor einiger Zeit wurde uns von dort berichtet, daß die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Great West Saddles Co. zu Calgary sehr zu wünschen übrig ließen. Die Folge davon war, daß die genannten Betriebe gesperrt wurden und die Kollegen in den Ausstand traten; dies war etwa Mitte Dezember 1911. Aber infolge der allzu großen Indifferenz seitens der Sattelmacher und auch der Geschirrfattler waren die ausständigen Kollegen gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne daß irgend ein Erfolg erzielt worden war. In Chicago befinden sich unsere Kollegen bereits seit 55 Wochen im Ausstand. Der Geschäftsgang der davon betroffenen Firmen liegt ganz darnieder.

Aus Industrie und Handel.

Höhere Preise für Ledertreibriemen. Der Verband der Ledertreibriemenfabrikanten Deutschlands zu Berlin, der die führenden Firmen des Berufszweiges nahezu lückenlos umfaßt und auch mit den entsprechenden Fabrikantenvereinigungen Oesterreichs, Ungarns und Belgiens in enger Fühlung steht, hat für seine Mitglieder und andere Interessenten zur Weitergabe an die Kundschaft Karten herzustellen lassen, auf denen die Notwendigkeit höherer Preise für Ledertreibriemen an der Hand der Berliner Auktionspreise für tobe Ochsenhäute graphisch und textlich erläutert wird.

Der Firma A. Jurgens, Treibriemenfabrik und Manufakturprefferei in Goch (Rhld.) ist für hervorragende Leistungen auf der Kreisler Industrie- und Gewerbeausstellung außer der bereits verliehenen goldenen Medaille noch ein Ehrenpreis zuerkannt worden.

Der Handel mit Leder und Lederwaren in Tientsin (China). Nach dem Bericht des österreichischen Konsulats in Tientsin für das Jahr 1910 war das Geschäft in Leder und Lederwaren ein zufriedensstellendes, insbesondere Pferdegeschirre erreichten nahezu die doppelte Einfuhrziffer, wohingegen Lederbörsen um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind. In den letzten zwei Jahren gelangten die folgenden Werte zur Einfuhr:

	1906	1910
	Hk. Tls.	Hk. Tls.
Leder und Lederwaren (allgemeine)	3 096	8 940
Lederbörsen	8 659	3 066
Leder-Pferdegeschirre	42 892	75 072
Schäbe	2 406	2 398
Reisfartikel	20 569	37 298

Korrespondenzen.

Södingen. (E. 27. 2.) Unsere Versammlung am 25. Februar war, ohne daß schriftlich dazu eingeladen worden ist, erfreulicherweise von allen Mitgliedern besucht, welche nach eingehender Diskussion sich nur dann für eine Beitragserhöhung erklärten, wenn gleichzeitig die Streifenunterstützung erhöht wird. Sollte jedoch keine Erhöhung der Unterstützungslage eintreten, so ist auch der Beitrag von 60 Pf. abzulehnen.

Essen. (E. 28. 2.) Am 24. d. M. fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung und Anträge zu derselben, ferner Wahl eines Delegierten zur Konferenz der Treibriemenfattler in Düsseldorf und Wahl eines Kandidaten zum Gehilfenausschuß der Innungsinnung. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde einstimmig unser Vorsitzender Kollege Berger gewählt. Vier Anträge zur Generalversammlung wurden einstimmig angenommen: 1. einer Beitragserhöhung von nur 5 Pf. pro Woche ist zuzustimmen; 2. die Umzugsunterstützung ist schon auf die Entfernung von 10 Kilometern zu zahlen; 3. der alte Passus, wonach 20 Proz. der Beiträge in der Lokalkasse verbleiben, ist ungebührend des Vorstands des Zentralvorstandes, nach dem pro Marke und Mitglied 10 Pf. in der Lokalkasse behalten und nach Ablauf des Quartals das nicht verbrauchte Geld an die Zentralkasse gesandt werden soll, beizubehalten; 4. die Generalversammlungen sind abwechselnd in Berlin und Essen abzuhalten, um durch Staffierung der weiten Reisen von den Zahlstellen, die die meisten Delegierten stellen, Gelder zu sparen. Zur Konferenz der Treibriemenfattler wurde Kollege Berger gewählt. An die Kollegen und besonders an diejenigen der Treibriemenbranche wurde appelliert, als Gäste an der Konferenz teilzunehmen, um sich in diese Materie, die noch neu ist, einzuarbeiten oder auch Anregungen zu geben. Das eigenmächtige Staffieren der Gaukonferenz wurde nochmals einer eingehenden Kritik unterzogen. Bei der Wahl des Kandidaten zum Gehilfenausschuß, die auch auf Kollegen Berger lautete, wurde die Wichtigkeit dieses Postens besonders für diejenigen Kollegen, die bei Klein- und Innungsmachern arbeiten, dargelegt und gezeigt, wie tüchtige Verbandskollegen, die im Innungsausschuß sitzen, die Weiter bei Ablehnung von Verhandlungen mit dem Verbands gezwungen sind, indirekt mit demselben zu verhandeln.

Mün. (E. 28. 2.) In der Versammlung vom 24. Februar wurde, nachdem Gauleiter Kollege Schneider durch zahlenmäßiges Material der Versammlung erläutert hatte, daß der Antrag auf Beitragserhöhung von 10 Pf. berechtigt sei, lebhaft darüber diskutiert. Einige Kollegen waren für Staffelleistungen, doch in der Debatte darüber war man zu der Ansicht gekommen, daß sich diese Beitragserhöhung für unseren Verband, wegen seiner Verschiedenheit der Branchen und Löhne, nicht eigne. Zwar war die Mehrzahl der Kollegen für eine Beitragserhöhung ohne Erhöhung der Unterstützungen, doch wäre nicht daran zu denken, jetzt in der Zeit der allgemeinen Teuerung eine Erhöhung von 10 Pf. zu beschließen. Am Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erkennt die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung an. Die Versammlung erucht jedoch die Generalversammlung, die Beitragserhöhung nicht höher als 5 Pf. zu bemessen. Jedoch darf diese Beitragserhöhung nur zu einem Kampffonds angeammelt werden.“

Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kollege Anger aufgestellt. Unter „Verschiedenes“ bewilligte die Versammlung einem arbeitslosen Kollegen das Reisegeld nach Magdeburg.

Mühlhausen i. Th. (E. 28. 2.) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich am Sonntag, den 24. Februar, nochmals mit der Generalversammlung in München. Nach eingehender Debatte kam zum Ausdruck, daß ein Delegierter nach München einen weiten Blick haben müsse. Nicht alles zu betrachten bloß jenseit der Schatten des Richturns der eigenen Zahlstelle reicht, sondern die eigenen Wünsche und Schmerzen müssen, wenn es sein muß, zugunsten der Allgemeinheit zurückgestellt werden. Aber es müßte auch verlangt werden, daß speziell unsere Großstädte und Industriebezirke zugunsten der kleinen Zahlstellen etwas nachgeben müßten. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Friß Dönneke von der gut besuchten Versammlung nominiert.

Dresden. (E. 1. 3.) Unser Zentralvorsitzender, Kollege Blum, welcher, auf einer Agitationstour begriffen, auch den Dresdener Kollegen einen Besuch abstatte, sprach am 26. Februar über das Thema: „Die Lage unserer Berufsgenossen und wie verbessern wir dieselbe.“ Einleitend besprach der Referent die im vorigen Jahre stattgefundenen Lohnbewegungen,

bei welchen unsere Organisation beteiligt war, und die Erfolge, welche unsere Kollegen dabei erzielt hatten. Auf die Dresdener Verhältnisse eingehend, wies Kollege Blum auf den Stand der aufgenommenen Statistik nach, daß hier die Durchschnittslöhne aller Branchen unter dem ermittelten Durchschnitt im Meide stehen, und es bleibt den Kollegen noch viel zu tun übrig. Die kommende Generalversammlung wird sich in der Hauptsache mit sozialpolitischen Dingen beschäftigen, muß aber auch Wege finden, die Finanzen der Organisation zu stärken. Kedner betonte die Wichtigkeit des vom Vorstand eingebrachten Antrages auf wöchentlich 10 Pf. Beitragserhöhung. Die Unzufriedenheiten wurden mit Beifall aufgenommen. Die nunmehr eingehende Diskussion wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Richter, eingeleitet. Alle nachfolgenden Kedner beschäftigten sich in der Hauptsache mit der geplanten Beitragserhöhung und wurde dieselbe, mit einigen Ausnahmen, abfällig besprochen. Die Aussprache, an welcher sich auch wiederholt Kollege Blum beteiligte, wurde am 12 Uhr abgebrochen und wird eine weitere Versammlung mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Generalversammlung“ stattfinden. Anwesend zirka 150 Kollegen.

Breslau. (E. 4. 3.) Ueber daselbe Thema referierte hier Kollege Blum-Berlin am 24. Februar. Er gestellte u. a. die aller Hygiene spottenden Arbeitsräume und die schlechte Entlohnung in der Geschirrbrennerei. Die Erfolge unseres Verbandes bemessen klar, wodurch die Kollegen eine Besserung ihrer Lebenslage erreichen können. Neben einer starken Organisation gehört dazu eine gut gefüllte Kassenkasse, weswegen sich eine Beitragserhöhung notwendig mache. Trotz des lebhaften Beifalles traten in der Diskussion mehrere Kollegen energisch gegen jede Beitragserhöhung auf und empfahlen die Einführung von Staffelleistungen.

Wörlitz. (E. 3. 3.) Am 25. Februar referierte Kollege Blum-Berlin über: „Die Lage unserer Berufsgenossen und wie verbessern wir dieselbe?“ Ganz besonders wies er auf die Erfolge unseres Verbandes hin, kam auf die Berufstätigkeit und das neue Hausarbeitsgesetz zu sprechen und schloß mit dem Appell, auch hier am Orte die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen anzustreben. — Die Firma Julius Arnabe hat sich wiederum bei Veranstaltung dieser öffentlichen Versammlung unangenehm bemerkbar gemacht. Wie Kollege Barth mitteilte, ließ sie am Tage der Flugblattverteilung den Arbeiterausschuß zusammenkommen und befohl (!) ihm, den Leuten bekanntzugeben, daß sie in die Versammlung gehen können. Wer hingeht, wird am Montag seine Kündigung erhalten. Einige Fabrikspindel wurden in der Versammlung bemerkt.

Berlin. (E. 4. 3.) Am Mittwoch, den 21. Februar, hielt die hiesige Zahlstelle ihre ordentliche Jahresversammlung zwecks Entgegennahme des Jahresberichtes sowie eines Referates des Kollegen Schulze über: „Die Aufgaben unseres Münchener Verbandes.“ ab. (Da wir den Jahresbericht bereits in Nr. 8 eingehend besprochen haben und der hauptsächlichste Inhalt des Referates an anderer Stelle dieser Auflage nachzulesen ist, erübrigt sich ein näheres Eingehen darauf. D. H.) Zu bemerken wäre nur noch, daß Kollege Schulze im Auftrage der Ortsverwaltung einen Antrag unterbreitete, welcher dahin geht, in einer am 14. März abzuhaltenden außerordentlichen Mitgliederversammlung die zu stellenden Anträge zu diskutieren sowie die Kandidaten aufzustellen. Die Wahlen selbst sollen am Sonntag, den 24. März, in der Zeit von 10 bis 1 Uhr in drei über Berlin verteilten Lokalen vorgenommen werden. Nach kurzer Diskussion und nachdem ein Antrag des Kollegen Finkels, die Wahlen an einem Wochentage vorzunehmen, abgelehnt ist, gelangt der Vorschlag der Verwaltung zur Annahme.

Bremerhaven. (E. 4. 3.) Unsere am 2. März stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich u. a. hauptsächlich mit der Erörterung der Beitragserhöhung. Sämtliche anwesenden Kollegen sprachen sich gegen jede Erhöhung der Beiträge ohne weiteren Ausbau der Erwerbslosenunterstützung aus, weil nur durch die Verbesserung der letzteren die einseitige Mäßigkeit für uns besteht, evtl. ebenfalls mal einen kleinen Vorteil von der Zentralisation zu haben.

Wenn von verschiedenen Seiten, wahrscheinlich größeren Zirkeln, einer Erhöhung der Beiträge das Wort geredet wird, so wird das auch seine guten Gründe darin haben, daß sie, wie Kollege Auwitth zugibt, in absehbarer Zeit die Mittel der Hauptkasse in Anspruch nehmen werden. Diese Aussicht besteht bei uns nicht. Die Verhältnisse liegen hier anders. In den 21 Jahren seit Bestehen der Zirkale ist von uns aus noch nicht ein einziges Mal in die Hauptkasse zwecks Unterstützung herangezogen, sondern nur immer gezahlt worden. Aus eigener Kraft können wir die Initiative nicht ergreifen und demzufolge

nach nichts wirklich Kennenswertes erringen und angesichts dieser Lauffache verlieren selbst die sympathischen Menschen mit den fleischbaaren ihre Kaltblütigkeit und betrachten es als ihr gutes Recht, gegen jeden Angriff auf ihr nicht allzusehr gefülltes Portemonnaie zu opponieren. Mit bloßen Erwägungen ist uns nicht gedient. Nur nur organisiert zu sein, genügt für uns der jetzige Beitrag vollkommen. Die einzige Möglichkeit, uns günstig für die Beitragserhöhung zu stimmen, wäre, dieselbe gleich noch etwas höher zu bemessen und dafür die Krankenunterstützung zu erweitern, so daß man die Hilfskrankenliste fallen lassen könnte. Dann rechnet man alle Beiträge zusammen, die man schon zu leisten hat, als da sind: für Kreis- oder Betriebskrankenliste, Hilfskasse, Verband, politischer Verein und noch dazu Turnverein oder Gesangverein oder auch sogar beide letztgenannten zusammen, so kommt das Jahr über eine ganz ansehnliche Summe heraus. Hinzu kommen noch 30 Mk. für einen Anteilsschein an der neugegründeten Baugenossenschaft zwecks Unterbringung unserer Jugend und des Turnvereins. Man weiß nicht, was in nächster Zeit nicht noch mehr hinzukommt, so daß womöglich von einem Mangel an Idealismus bei uns nicht die Rede sein kann.

Sollte die Erhöhung trotzdem ohne weitere Zugeständnisse in Kraft treten, so werden wir natürlich versuchen müssen, uns so gut wie möglich damit abzufinden, evtl. muß das Schicksal seinen Lauf nehmen. Am Ende sind dann die Tage unserer Filiale gezählt. Mehrere Kollegen sprechen sich dahin aus, zum „Polzarbeiterverband“ überzutreten. Wenn da die Beiträge bereits höher sind, wird auch mehr geleistet und besteht für uns die Hoffnung, eher etwas zu erreichen.

Von der Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung wurde Abstand genommen, sondern auf einen Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen, dem Kollegen Wendler-Aremen unsere Stimme zu geben.

Zum Schluss rügte ein Kollege die Kritik des Kollegen Steiner an einem Versammlungsbericht einer kleineren Filiale. Wohl wenige von uns werden eine bessere als Volksschulbildung genossen haben und wenn mal ein Satz nicht ganz korrekt ausfällt, so ist dies noch lange kein Grund, dies öffentlich zu glossieren. Dazu haben wir eine Redaktion, etwaige Schreib- und Stilfehler zu verbessern und es ist deshalb aus dem Artikel des Kollegen Steiner auch nicht ganz zu entnehmen, ob er dem Berichterstatter der betreffenden Filiale oder der Redaktion einmiszuweisen will.

Freiberg i. Sa. (E. 4. 3.) Am 1. März fand hier eine Versammlung der hiesigen Zählstelle statt, in welcher Kollege Paritz-Wölzig einen interessanten Vortrag hielt, welcher aber für die hiesigen Kollegen weniger in Frage kam, da hier alles bereits organisiert ist und zurzeit keine Kollegen mehr herangezogen werden können. Immerhin erliefen aber aus diesem Vortrage die Kollegen so manches, worüber sie bisher doch noch nicht unterrichtet waren. Referent berührte auch die Beitragsfrage, welche die Generalversammlung in München beschäftigt wird, und versuchte die Kollegen von der Notwendigkeit einer Erhöhung zu überzeugen. Aber zäh blieb die hiesige Mitgliedschaft auf ihrem eingetragenen Standpunkt stehen, jedwede Beitragserhöhung zu bekämpfen. Auch als Kollege Paritz versuchte, Stimmung zur 5 Pf.-Erhöhung zu machen, brach das Unwetter über das Vorhaben des Zentralvorstandes los. Die hiesige Mitgliedschaft konnte eine Notwendigkeit nicht herausfinden, da doch in den Hauptgruppen unseres Verbandes langfristige Tarifverträge abgeschlossen seien. Auch sei die jetzige Zeit gar nicht dazu angetan, eine Beitragserhöhung zu vertragen. Auch zur Einführung von Staffelbeiträgen hielten sich die Kollegen ablehnend. Ein gemachter Vorschlag eines Kollegen, einen monatlichen Extrabeitrag von 10 Pf., welcher ohne Abzug der Zentralkasse als Kampffonds zugeführt werden soll, zu erheben, fand einigermaßen Anklang. — Von einer Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung sah die Versammlung ab, da bereits aufgestellten Kandidaten unserer Wahlabteilung ebenfalls Gegner der Beitragserhöhung sind. Am Schlusse der Versammlung erklärte Kollege Paritz, nicht geglaubt zu haben, in Freiberg auf solch harte Köpfe zu stoßen, aber er könnte allein doch die Kollegen nicht zwingen, einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Anmerk. d. Berichtst. In einer Zeit, wo die Kollegenchaft sowieso schon durch die bevorstehende Generalversammlung sehr in Anspruch genommen ist, war es wohl nicht nötig, die Verbandsbeamten zu einer Agitationstour hinauszufenden. Wenn die Referenten überall so schlecht mit der Beitragserhöhung abschneiden wie hier, so gehört wahrhaftig eine Engelsgebild dazu, überhaupt noch ein Referat zu halten. Auch lockt eine Beitragserhöhung keine neuen Mitglieder heran. Wenn die in die Versammlungen gelobenen Indifferenten bernehmen,

wie die der Organisation Angehörigen das Vorhaben des Zentralvorstandes geistern, so wird diese Agitationstour wohl nicht den gewünschten Erfolg bringen.

Magdeburg. (E. 4. 3.) Die letzten Mitglieder-versammlungen haben zu der beantragten Beitragserhöhung Stellung genommen. Es entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher sämtliche Redner gegen eine Beitragserhöhung sprachen. Dabei wurde dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß doch die Hälfte aller Kollegen unter Tarifverhältnis arbeite, also in absehbarer Zeit keine besonders großen Kämpfe bevorstünden. Dann führten verschiedene Kollegen aus, es ist ihnen bei einer weiteren Erhöhung unmöglich, die Beiträge aufzubringen. Zeitet doch wohl auch jeder aufgeklärte Kollege außerdem Beiträge zur politischen Organisation und ist nach Mitglied der Krankenkasse „Soffnung“. Rechnet man dazu die gesetzlichen Leistungen zur Ortskrankenkasse und Invalidenversicherung bei den horrenden Löhnen von 18—22 Mk., wie sie hier im Durchschnitt gezahlt werden, so wird wohl bei der jetzigen Teuerung nicht viel übrig bleiben. Es wurde auch kritisiert, daß der Zentralvorstand, den heutigen Teuerungsberechnungen entsprechend, keine Erhöhung der Unterhaltungen, besonders für die Arbeitslosen, vorgeesehen hat. Auch das Agitationskomitee äußerte sich dahin, daß bei Annahme des Antrages das Gewinnen neuer Mitglieder äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich werde. Die sehr gut besuchten Versammlungen erklärten sich einstimmig gegen die Erhöhung der Beiträge.

Oberhausen. (E. 4. 3.) Montag, den 26. Februar, fand im Lokale von Kaspar Birch eine auf besuchte Versammlung statt. In kurzen Ausführungen machte der Vorsitzende die Kollegen auf die wichtigsten Punkte aufmerksam, die unsere nächste Generalversammlung beschäftigen werden. Betreffs Aufstellung eines Kandidaten wurde der Vorsitzende einstimmig gewählt. Außerdem wurde noch bekanntgegeben, daß die Bibliothek vom Gewerkschaftsartikel noch mehr benutzt werden soll.

Aus anderen Organisationen.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen zählte am Schlusse des Vorjahres 13918 Mitglieder, sein Kassenvermögen betrug 171 974 Mk. — Einen schönen Fortschritt hat der Verband der Schneider zu verzeichnen. Seine Mitgliederzahl stieg auf 37 986 männliche und 10 499 weibliche. — Entwicklung der beiden Vergarbeiterverbände. Nachdem nun auch der Jahresbericht des Christlichen Vergarbeiterverbandes vorliegt, erscheint — besonders in der jetzigen Zeit der Lohnbewegung, an der der Christliche Verband sich nicht beteiligen will — eine Gegenüberstellung beider Verbände in ihrer Entwicklung sehr interessant.

	Vergarbeiterverband	Christl. Gewerksverein
Beiträge	2 240 488,08 Mk.	1 138 549,75 Mk.
Eintrittsgeld	16 575,20	8 077,—
Extrabeiträge	46 131,90	—
Streifbeiträge	10 997,76	—
Summa 2 322 082,94		1 146 626,75

Das Uebergewicht des Vergarbeiterverbandes tritt klar hervor. Die Mehreinnahmen des Verbandes betragen 1 175 456 Mk. Auch die Einnahmen des Vergarbeiterverbandes an Beiträgen sind im letzten Jahre gestiegen, während die des Gewerkevereins christlicher Vergleute gesunken sind.

	1910	1911	Mt.
Verband	2 122 877,66	2 230 488,68	+ 110 691,00
Gewerksverein 1 135 808,25	1 135 549,75	—	- 210,52

Seit Jahren ist die christliche Organisation zum erstenmal nicht nur zum Stehen, sondern zum Rückgang gebracht, während der Vergarbeiterverband marschiert. Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß der Rückgang der christlichen Organisation viel stärker ist, als er in der Beitragsleistung zum Ausdruck kommt. Die beweglichen Töne des christlichen Organs „Der Bergknapp“ über diesen Rückgang lassen unsere Annahme auch berechtigt erscheinen.

Wichtig groß ist der Unterschied der beiden Organisationen in der Ausgabe. Der Vergarbeiterverband hatte schwere Kämpfe zu führen, während die christliche Organisation nichts tat oder Kämpfe unmöglich zu machen suchte. Die Ausgaben der beiden Verbände betragen:

	Verband	Gewerksverein
Streit- und Gemahrgeldest-		
Unterstützung	1 592 321	168 965
Sterbegeld	91 776	75 680
Arbeitslosenunterstützung	33 031	4 355
Krankenunterstützung	351 425	214 949
Prozesse, Strafen u. Rechtschutz	111 288	67 822
Summa 2 179 841		531 771

Die Ausgaben für Verbandsorgane und Bildungszwecke betragen beim Vergarbeiterverband 136 052 Mk., beim Gewerksverein 118 510 Mk. Noch größer tritt die Intensität der größten christlichen Arbeiterorganisation hervor, wenn die in den letzten sechs Jahren für Streikunterstützung gemachten Ausgaben zusammengerechnet werden. Es geben an Streit- und Gemahrgeldestunterstützung aus:

Vergarbeiterverband	3 191 924 Mk.
Gewerksverein	848 037

Der Vermögensbestand betrug am Jahreschlusse beim Vergarbeiterverband 3 711 955 Mk., beim Gewerksverein 2 101 722 Mk. hätte der christliche Gewerksverein auch annähernd solche Kämpfe geführt wie der Vergarbeiterverband, er wäre vollständig finanziell aufgerieben. Vor Kämpfen büret sich aber diese Organisation. Anzeichen soll es auch für die Zukunft so gehalten werden. Werden die christlich organisierten Arbeiter noch länger auf eine wirkliche Interessentvertretung verzichten?

Nach fünfjähriger Dauer haben sich die zentralgeführten Verbände in Magdeburg der Gewerbe wegen zu geringen Entgegenkommens der Unternehmervereinigung geschlagen, worauf die Arbeiter beschlossen, dort, wo am 1. März die Tarife ablaufen, die Arbeit bei den Verbandsfirmen einzustellen. Die Streikenden verzichteten die erste Woche auf Unterstützung. Vom 1. März ab zahlen die in Arbeit bleibenden Verbandsmitglieder doppelte Wochenbeiträge. Für die Lohnbewegung in der Wälschneiderei kommen etwa 2286 Firmen, die dem Unternehmerverband angehören, in Betracht. Beschäftigt werden in diesen Firmen rund 22 000 Geschäftig. Davon sind im freien Verband 15 000 organisiert, in den beiden andern an der Verengung beteiligten Verbänden etwa 4000. Unrichtig ist, was in den bürgerlichen Blättern nicht allein über die Zahl der Beteiligten zu lesen ist, sondern auch, daß die Arbeiter „Frankfurter Löhne“ fordern. Die Arbeiter fordern den örtlichen Verhältnissen angepaßte Löhne. Es haben die Arbeit niedergelegt in Berlin, wo nahezu 200 Firmen heimlich haben, circa 2100, Hamburg 2400, München 1000, außerdem erfolgte die Arbeitsniederlegung noch in Dresden, Liffenbach, Lübeck usw. — Die Leipziger Expeditionsarbeiter haben nach eintägigem Kampfe einen schönen Sieg errungen. Die Fuhrunternehmer mußten die Forderungen in ihren wöchentlichen Teilen anerkennen, so den Wochenlohn von 27 Mk., der nach einem Jahre auf 28 Mk. steigt. — Der Streik bei der Mühlenfirma A. Cyprienheimer u. Comp. in Hamburg wurde nach dreitägiger Dauer mit sehr gutem Erfolge für die Arbeiter beendet. — Die Frankfurter Tapezierer haben mit den Unternehmern einen dreijährigen Vertrag abgeschlossen, der den Arbeitern die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 52 Stunden bringt; Sonnabends soll nur 7 Stunden gearbeitet werden, an Tagen vor den hohen Feiertagen soll um 4 Uhr nachmittags die Arbeit beendet werden. Die Mindestlöhne betragen jetzt 51 Pf., ab 1. März 1913 57 Pf. — Auch in Leipzig ist es zu einem Tarifabschluss mit der Zwangsinnung der Tapezierer gekommen. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde allgemein auf 52½ Stunden und ab 1914 auf 52 Stunden festgesetzt. Der Mindestlohn wird um 3 Pf. erhöht und beträgt 46, 52 und 56 Pf., 1914 tritt eine weitere Erhöhung um 2 Pf. ein. Außerdem erfolgt eine Zulage von 3 Pf. am 15. März 1912 und 2 Pf. am 15. März 1914 auf alle bestehenden Stundenlöhne. Die Akkordpreise werden jetzt um 10 Proz. und 1914 um 6 Proz. erhöht. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 33½ Proz. und für Sonntags- und Nachtarbeit von 60 Proz. gezahlt. Zur Ueberwachung des Tarifvertrages wählen die Unternehmer und die Gehilfen eine Kommission von je 5 Vertretern. Dieselbe hat auch zu Anfang 1914 darüber zu beraten, ob die Erhöhung der Löhne um einen weiteren Pfennig, also um abermals 3 Pf. erfolgen soll. In acht weiteren Städten Sachsen schweben zurzeit ebenfalls Lohnbewegungen. — Die Arbeiter der Fahrrad-, Nähmaschinen- und Automobilfabrik der Firma vorm. Dürkopp u. Co. in Bielefeld nahmen in einer überfüllten Versammlung Stellung zu der Verzögerung, die von der Firma bei der Durchführung der Ende vorigen Jahres zwischen dem Unternehmerverband und den beteiligten Arbeiterorganisationen für alle Bielefelder Fabriken getroffenen Vereinbarungen beliebt wird. Die Firma hat erst jetzt auf Drängen und auch nur teilweise in einzelnen Abteilungen Lohn erhöhungen versprochen. Die Versammlung sprach in einer Resolution ihr Bedauern aus, daß die Vereinbarungen, die am 1. Januar in Kraft treten sollten, bis heute noch nicht durchgeführt sind und sie fordert den Gesamtarbeiterschuß auf, für endgültige Durchführung der Vereinbarung baldigt zu sorgen. Die Organisationsleistungen werden zum Schluß aufgefordert, alle Vorbereitungen zu eventuellen stärkeren Maßnahmen zu treffen. Die Firma Dürkopp beschäftigt rund 4000 Arbeiter, darunter eine Anzahl

Sattler. — Die Stufkatoren im Unterweier- und Emggebiet haben beschloffen, den Unternehmern einen Tarifvertragsentwurf einzubringen. Allen Anschein nach ist eine friedliche Vereinbarung ausgeschlossen. — Wegen Tarifbruchs der Unternehmer im Holzgewerbe in es in verschiedenen Städten Ost- und Westpreußens zum Ausstand der Arbeiter gekommen. Zeit 20 Wochen stehen die Arbeiter der Carlshütte bei Mundsburg nunmehr im Kampf um das Koalitionsrecht. Nachdem die von privater Seite versuchte Vermittlung ergebnislos gewesen war, batte das Gewerbegericht in Bübelsdorf den Versuch einer Einigung gemacht. Die Arbeiter folgten dieser Einladung der Direktion der Carlshütte nicht. Auch ein nachmaliger Versuch des Gewerbegerichts, die Parteien zu Verhandlungen zu laden, scheiterte an dem Starrsinn der Firma. In einer Versammlung der interessierten Arbeiter wurde deshalb beschloffen, den Streik fortzuführen. — Sonntag, den 3. März, fanden im Fabrikgebiet 65 Versammlungen der Vergarbeiter statt, in welchen der Bericht über den Stand der Lohnbewegung gegeben wurde. Bis zum Erscheinen dieser Zeitung wird die Antwort der Zeichenbesitzer eingegangen sein. Die weitere Entscheidung wird einer Vergarbeiterkonferenz überlassen. Die christlichen Führer sind kampfhaft bemüht, die Bewegung zu vereiteln. Doch werden ihre eigenen Mitglieder ihnen keine Gefolgschaft leisten. — Wie wir in letzter Nummer meldeten, haben die Vergarbeiter Oberschlesiens ebenfalls Forderungen gestellt. Die diesbezügliche Eingabe der Vergarbeiterorganisationen wurde von den Grubenbesitzern wie folgt beantwortet:

„Auf das gefällige Schreiben vom 20. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir nicht in der Lage sind, mit Ihnen in eine Erörterung der von Ihnen angeregten Fragen einzutreten.“

Durch diese abweisende in ihrer Form geradezu herausfordernde Stellungnahme der Vergwerksbesitzer wird nun auch die Situation im ober-schlesischen Bergbau eine sehr gespannte. — Im Einbinder Kalkwerk legten wegen Lohn-differenzen 42 Brucharbeiter die Arbeit nieder. — Wegen Fortdauer der Lohnbewegung der Maurer und Bauarbeiter auf der Insel Vorkum wird es als Ehren-sache jedes Bauarbeiters betrachtet, bis auf weiteres Vorkum zu meiden. — Die Arbeiter der Seeltdiffenwerften von Schichau in Danzig und Ebing und Krammer in Danzig haben im Einverständnis aller in Frage kommenden Organisationsleitungen aufs neue Lohnforderungen eingereicht. — Die Aus-sperrung der Schuhmacher in Wermelskirchen, Hilgen, Burscheid und Dabringhausen dauert unverändert fort.

Ausland.

Am 1. März haben in England nahezu eine Million Veraleute die Arbeit ruben lassen. Die Regierung ist bemüht, den Kampf bezulegen, doch sind die bisherigen Zugeständnisse der Unter-nnehmer deartig gering, daß die Vergarbeiter sie nicht annehmen wollen. Große wirtschaftliche Stö-rungen und Teuerung sind die Folgen des gewaltigen Kampfes, in dem hoffentlich die Arbeiter siegen.

Rechtsprechung.

Sind die Tariforganisationen für die Ein-haltung einzelner Arbeitsverträge haftpflichtig? Das Reichsgericht hat eine allgemeine Haftpflicht der Tariforganisationen für die Einhaltung tarifmäßig abgeschlossener Verträge ihrer einzelnen Mitglieder verneint. Ein Gesamtschuldverhältnis liege nicht vor, da die einzelne Tariforganisation sich nicht gemeinschaftlich mit den Arbeitern zu derselben Leistung wie diese verpflichtet habe. Darum bleibe nur die Frage zu beantworten, ob etwa aus der rechtlichen Natur des Tarifvertrages die Folgerung abzuleiten sei, daß der ihn abschließende Verband durch die Tatlage des Abschlusses allein eine Garantie dafür übernimmt, daß seine Mitglieder die Dienstverträge, die sie auf Grundlage des Tarifver-trages eingehen, auch wirklich innehalten. Wäre dies der Fall, so müßte die Haftpflicht bejaht werden. Grundsätzlich übernehmen aber bei den Tarifver-trägen die vertragsschließenden Berufsvereine oder sonstigen Verbände nicht einmal die Garantie dafür, daß ihre Angehörigen tarifmäßige Dienstverträge schließen, und noch weniger, daß sie sie innehalten. Vielmehr sei meist nur anzunehmen, daß sie die Verpflichtung eingehen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß ihre An-gehörigen keine andern als tarifmäßige Dienstver-träge schließen. Nur für die Nichterfüllung dieser Verpflichtung wollen sie eine Schadenersatzpflicht übernehmen, dagegen lehnen sie eine Pflicht zur Haftung für die Einhaltung tarifmäßig abge-schlossener Dienstverträge regelmäßig ab.

Nach diesem Entschiede des Reichsgerichts können die beiden, am Vertragsabschluss in der Lederwarenbranche beteiligten Organisationen, der Verband der

Lederwareninidustriellen Deutschlands und der Ver-band der Sattler und Portefeuller für Tarifbrüche ihrer Mitglieder haftpflichtig gemacht werden, denn der § 11 des Vertrages, der von den gegenseitigen Verpflichtungen spricht, sagt in seinem Absatz 5: „Die Arbeitgeber der Lederwaren- und Keisartfel-industrie einerseits und die Arbeitnehmer dieser Arbeitgeber andererseits verpflichten sich, vor-nehmenden Vertrag während der Dauer desselben strikte innezuhalten.“

Dieser Auffassung steht nun aber ein im Vor-jahre gefällter Entschied des Reichsgerichts entgegen, wonach keine rechtliche Möglichkeit gegeben sei, eine Gewerkschaft zu verklagen. Eine Haftung nach dem R. G. V. müsse ausbleiben, da ein nicht rechtsfähiger Verein nicht deliktisfähig sei.

Rundschau.

Aus dem Reichstage. Kein zweites Reichsamt hat ein so großes Feld zu beackern wie das Reichs-amt des Innern. Mit der gleichen Souveränität wie das Gebiet der Sozialpolitik soll der Staats-sekretär Delbrück auch alle anderen Fragen beherrschen, die irgend ein Abgeordneter anzuschneiden beliebt, wenn im Reichstag angeht über das Gehalt des Staatssekretärs geredet und beschloffen wird. Da wird gerade von Wandertagern, Streikposten, Maul- und Stauenseuche, liberale Bauernfeindschaft, anti-semitischer Ekelhaftigkeit, konservativer Ablesse, sozial-demokratischer Muppigkeit und vielem anderen. Wenn dann die Debatte noch ungefähr vierzehn Tagen gedauert wird, stellt sich regelmäßig heraus, daß kein Mensch auch nur eine Silbe von dem Ge-halt des Herrn Ministers gesprochen hat. In Wirk-lichkeit war es diesmal nur ein Thema, das ein-gehend behandelt worden ist: die Sozialpolitik.

Genosse Wurm hatte als erster Redner in vor-zureichlicher Weise der ganzen folgenden Debatte die Richtung gegeben: Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik. Und das konnte er mit der ganz-ehrerlichen Überzeugung sagen, die alle denen abgeht, die erst wieder im letzten Wahlzuge laudabul laudabul streben gegangen sind mit dem alten Schwindel: die Sozialdemokraten verneinen grundsätzlich, weil sie eine Besserung der Arbeiterverhältnisse in gar nicht wollen. Mit spöttischem Blick nach der rechten Seite hin brauchen die sozialdemokratischen Redner im Reichstage immer nur auf die 110 Sozi zu weisen, um die linksöppische Wahlmache reichsverbänd-terischer Volkspolizei in ihrer absoluten Erfolgslos-heit dratlich zu demonstrieren. Und die 110 Woten mit den 4 1/2 Millionen Wählern, die hinter ihnen stehen, sprechen auch eine so deutliche Sprache, daß es kaum noch ein Mensch im Reichstage wagt, die reichs-verbändlerischen Kalkuler vorzutragen. — Herr Wasser-mann erkennt an, daß die Sozialdemokratie das trei-bende Element auf dem sozialpolitischen Gebiete ge-wesen ist; Herr Doormann erkennt dasselbe an; der Staatssekretär Delbrück erkennt es zwischen den Zeilen an; Pobjanowsky tut dasselbe . . . und dann kommt für die Ritter und Hendebrand der Zieser-woiker Graf v. Carmer und begründet eine Resolu-tion, durch die von der Regierung ein Gesetz zum Schutze der dem Staate besonders nützlichen Ele-mente — nämlich der Streikbrecher — verlangt wird. Im Zentrum guden sie ob dieser kompromittierten Tätigkeit der Volksgenossen verlegen zu Boden. Herrn v. Liebert aber, der mit 23 Stimmen angefordigter Mehrheit in den Reichstag eingezogene General, der den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdem-okratie und der Gewerkschaften von Niederlage zu Niederlage im Kampfe, von „Sieg“ zu „Sieg“ in Vaga-tellprozessen vor der Schöffengerichtshöhle, blingelt dem Zieserwoiker Grafen lebhaften Beifall mit den scheinbar nur erbengroßen Augen und winnt ihm jubelnde Zustimmung mit der großen Nase, die dem unergleichlichen Reichsverbandsstrategen das Aus-sehen eines Raubvogels gibt. — Also eine Zuchtbauborlage in neuer Auflage verlangen die ritterlichen Bundesgenossen der Zentrum-schristen. Herr Pauli-Potsdam v. Habelspan sucht durch geistreiche Zurufe kundzutun, daß er genau so denkt wie sein gräflicher Parteigenosse. Aber die anderen haben keine Lust, mit dem Feuer zu spielen: Wassermann, der Nationalliberale, winkt ab, Thoma, sein jüngerer Kollege, tut dasselbe in noch etwas berberer Art. Und Delbrück selbst, der Staatssekretär, hält die bestehenden Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen für ausreichend . . . die 110 Sozialdemokraten genügen ihm vorläufig; er scheint sich zunächst noch nicht nach weiterem Zuwachs. Und das mögen sich alle die Kleinmütigen merken, die der Meinung sind, daß „doch alles nichts hilft“ — würden im Reichstage statt der 110 Sozialdem-okraten nur 40 oder 50 sitzen, dann würde das Zucht-bausgesetz totlicher kommen, so sicher wie die neue Herrschaftsborlage und die Forderung neuer Steuern!

Wenn die Wurmische Rede einer schneidigen Zufarentatade zu vergleichen ist, die den Feind in Bewegung und Aufregung brachte, so darf man die

Schmidtische Rede vielleicht eine sorgsam vorbereitete Artillerieleistung ersten Ranges nennen. Mit Ge-radezu unheimlich wortender Ruhe und Regelmäßig-keit nahm er den Feind unter sein vernichtendes Feuer. Noch ist die Debatte nicht geschlossen, aber was sie auch noch bringen mag — wie ein Meinetfel leuchten von den Wänden des Reichstagsgebäude-s lautes die Worte her: geschickt sind, die sich nicht organisieren wollen, durch den § 153 der Reichs-gewerbeordnung. Wer aber schickt die, die organi-siert sind, oder sich organisieren wollen, wenn sie geachtet werden durch schwarze Linien; wenn ihnen die Fabriken und Werkstätten gesperrt werden durch den „Herrn im Hause“, der da sagt, daß er auf Gesetz und Recht pfeift, daß er dem Arbeiter verbietet, von einem ihm reichsgesetzlich gewährleisteten Medie-Gebranch zu machen . . . ?

Ein Menschenalter Agitation. Die Zukunft dem Sozialismus, die Gegenwart uns und die Ver-gangenheit — den Toten! So gilt es bei der Auf-klärungsarbeit für alle und für jeden einzelnen, wenn die Befreiungsarbeit kämpfer bedarf.

In der lebendigen Tätigkeit des einzelnen liegt der Zukunftserfolg!

Jeder einzelne muß lebendig sein, agitieren und organisieren, so und nur allein so geht es vorwärts, das beweist uns die Vergangenheit.

Die Aufspierung des einzelnen bringt der Ge-samtheit Macht, das beweist die Gegenwart. Sehen wir uns die und ihre Erfolge im Deutschen Reich einmal näher an. Die Aufzählung für Januar 1912 ergibt folgende Ziffern: Sozialdemokratische Stim-men am 12. Januar 4 250 000; sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete 110; Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete 211; sozialdemokratische Gemeindevorsteher 8910; Mitglieder der sozialdem-okratischen Partei: 900 000; Mitglieder der Konsum-genossenschaften 1 250 000; Mitglieder der freien Ge-werkschaften 2 440 000; Auflageziffer der sozialdemo-kratischen Presse 1 450 000; Auflageziffer der frei-gewerkschaftlichen Presse 2 000 000.

Was besagen unsere ersten Vorkämpfer, als sie 1871 im neugegründeten Deutschen Reich ihre Auf-klärungsarbeit begannen?

Bei den Wahlen von 1871 entfielen auf die beiden sozialdemokratischen Parteien (Kassellener und Eisenacher) 101 027 Stimmen, nicht ganz 3 Proz. aller abgegebenen Stimmen überhaupt; 1912 sind es rund 35 Proz. geworden! Wie wurde dies möglich? Weil auch der letzte keine Pflicht getan hat!

Im Reichstag fanden sich auf Grund der eben angegebenen Stimmengahl Rebel (Glauchau-Weerane) und Schrapz (Hwidan-Grummschau) ein. Damals zwei Reichstagsmitglieber, heute 110!

Die Gewerkschaften mufterten auf ihrem Eise-nacher Kongreß im Juni 1872 920 Mitglieder! Heute sind es rund 2 5 Millionen! Die beiden Rich-tungen der sozialdemokratischen Bewegung Deutsch-lands zählten 1871 rund 25 000 Mitglieder; heute sind es neunzehnhundert Millionen, unter ihnen mehr als hunderttausend Frauen!

Die Arbeiterpresse ließ sich 1871 an den Fingern beider Hände abzählen. Es waren an gewerkschaft-lichen Organen der „Korrespondent“, das Buch-druckerorgan; der „Volkshäfer“, das Zigarren-arbeiterblatt; der „Korrespondent“, die Zeitung der Putzmacher; der „Genossenschaftler“, das Organ der Gold- und Silberarbeiter, und der „Sprechsaal“, die Zeitung der Porzellanarbeiter. Als politische oder Parteipresse der Arbeiter des Jahres 1871 standen zur Verfügung: der „Volkshäfer“ in Leipzig, die „Demokratische Zeitung“ in Berlin, der „Braun-schweiger Volksfreund“, der „Dresdener Volksbote“, die „Chemnitzer Freie Presse“, die „Demokratischen Blätter“ in Königsberg, das „Führer der demokratischen Wochenblatt und der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“. Zusammen hatten alle diese Blätter kaum 35 000 Abonnenten. Heute hat Partei- und Gewerkschaftspresse eine Auflage von mehr als vier Millionen! Dazu kommen noch die wissenschaftlichen Zeitschriften und die in größeren Intervallen er-scheinenden Agitationsblätter!

Wiesberts, der Agrarier. In der Leutungs-debatte im Reichstag hielt auch der Zentrums-„Ar-beiterabgeordnete“ Wiesberts eine Rede, die dadurch allgemein auffiel, daß dieser angebliche Arbeiter-vertreter mit großem Eifer für den Rollmuchen ein-trat. Aus Anlaß dieses Auftretens schildert die „Frankfurter Zeitung“ Herrn Wiesberts folgender-maßen:

„Dieser Führer der christlichen Gewerkschaften hielt eine Rede, wie sie der ostfälischen Agrariern, die mit Beifall auch nicht geigten, so recht gefiel. Es war eine Philippika gegen die Linke und ein unumwundenes Bekenntnis zur gegenwärtigen Hochschuttpolitik, unter der die Zentrums-arbeiter genau so schwer leiden, wie die Millionen anderer im feiten Gehalt oder Lohn stehenden Personen. Herr Wiesberts ist eines der besten Beispiele, an denen sich die Rechtsentwicklung des gesamten Zentrums demonstrieren läßt. Als er im Jahre 1905 in den Reichstag einzog, war er in

jeinen Reden von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern kaum zu unterscheiden, und während der ersten Jahre der Wiltonischen Modpolitik konnte er sich gar nicht demokratisch genug gebärden. Heute hat er das alles vergessen, heute ist er nur eifrig darauf bedacht, durch Angriffe auf die Linke den Verfall der Rechten einzubringen, und bei seinem heutigen Auftreten unterscheidet er sich in nichts von den Herren Weinboeck und Gehhardt, die als Mitglieder des Bundes der Landwirte durch Zentrumsgnade in den Reichstag gekommen sind.

Den gleichen Eindruck hatte auch die „Mölnische Zeitung“. Diese schreibt:

„Es genügt die Feststellung der interessanten und als Symptom der Zeit zu wertenden Tatsache, daß auch der demokratische Flügel des Zentrums, für den Wiesberts zur Nebentribüne kam, an agrarischer Unentwegtheit sich von seinem Landhändler übertrifft lassen will. Was freilich die Arbeiterwähler von Essen ihrem Arbeitersekretär und Abgeordneten solcher Grundfälle wegen unter vier Augen und im stillen Kämmerlein sagen werden, das zu hören würde einen pikanten Meiß haben.“

Herr Wiesberts steht übrigens nicht allein. Die Führer der Zentrumsgewerkschaften sind verpflichtet, für hohe Lebensmittelpreise im Interesse der Zentrumsgewerkschaften zu kämpfen. Bisher haben sie sich allerdings einige Zurückhaltung auferlegt, die aber aufsehenerregend nun verlassen werden soll.

Der russischstämmige Landtag aufgelöst. Nach den Wahlen im vorigen Herbst zählte der Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt 9 sozialdemokratische und 7 bürgerliche Abgeordnete. Die Regierung wollte das Wahlrecht verschlechtern, was sich die Mehrheit nicht gefallen ließ. Hierauf löste der Staatsminister am 4. März den Landtag auf.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Als Kandidaten für die Generalversammlung in München wurden folgende Kollegen vorgeschlagen:

1. **Wahlkreis:** Dauter, Bruno, Rauben; Dietrich, Max, Königsberg; Lappan, Heinrich, Stettin; Walter, Bruno, Görlitz.
2. **Wahlkreis:** Wendler, Paul, Bremen; Krüger, Richard, Kiel.
4. **Wahlkreis:** Dietrich, Emil, Potsdam; Grubbe, Richard, Brandenburg; Gildner, Emil, Danburg; Nuss, Wilhelm, Brandenburg; Runge, Wilhelm, Braunschweig.
6. **Wahlkreis:** Barthel, Julius, Liegnitz; Mitsch, Oskar, Sriedgau; Neuborf, Robert, Breslau.
8. **Wahlkreis:** Engel, Paul, Zerbst; Gundt, Ernst, Köthen; Kühn, Oskar, Magdeburg; Specht, Rudolf, Köthen; Straub, Karl, Halle; Stemenz, Wilhelm, Dessau.
10. **Wahlkreis:** Wötcher, Albert, Zeitz; Zimmermann, Max, Chemnitz.
11. **Wahlkreis:** Erdart, M., Erlangen; Schwabe, Richard, Weerane.
12. **Wahlkreis:** Schwenderling, Paul, Eisenach; Tshilo, Fritz, Jena; Dönnike, Fritz, Mühlhausen i. Th.; Friedrichsen, Heinrich, Erfurt.
13. **Wahlkreis:** Pieper, Max, Hildesheim; Schmidt, Wilhelm, Hannover.
14. **Wahlkreis:** Schlingmann, Fritz, Viefelfeld; Viedorf, Chr., Kassel.
15. **Wahlkreis:** Anger, Sylvester, Mülheim a. d. Ruhr; Berger, August, Essen; Götter, Hermann, Elberfeld; Jacobowski, Karl, Elberfeld; Kündgen, Albert, Elberfeld; Lambrecht, Hermann, Elberfeld; Leupelt, Gust., Elberfeld; Mülliger, Heinrich, Mülheim a. N.; Stalinski, Bruno, Mülheim a. N.; Zerwis, Wilhelm, Hagen.
16. **Wahlkreis:** Christmann, Ernst, Solingen; Jorajg, Emil, Düsseldorf; Specht, Lambert, Nachen; Unger, Rud., Köln.
21. **Wahlkreis:** Schneider, Johann, Bülgel.
22. **Wahlkreis:** Wilhelm, Georg, Heusenstamm.
23. **Wahlkreis:** Jahn, Johanna, Mülheim a. W.
24. **Wahlkreis:** Paul, Josef, Dausen; Winter 11, Heinrich, Overtshausen.
25. **Wahlkreis:** Emig, Karl, Kaiserslautern; Gachtung, Otto, Heilbronn; Hoff, Fritz, Karlsruhe; Witzke, August, Mannheim; Jahn, Karl, Straßburg i. Elßaß.
27. **Wahlkreis:** Weich, Hermann, Konstan; Deufel, Eugen, Ulm; Dorn, Andreas, Augsburg; Müller, Jakob, Neutlingen.

Die Wahlen finden also nach den Nr. 7 der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ erlassenen Bestimmungen in der Zeit vom 11.-24. März statt. Die Abschlüsse sind sofort mitzuteilen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle V i e l e f e l d wurde das Mitglied August Koch, Karte Nr. 17 334, nach § 4 Abs. 2 aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Vorstand. J. M. F. Blum.

Bücherschau.

„Die Elektrizität im täglichen Leben“ von V. Wunder und „Die Eisenbahn“ von Prof. Dr. A. Schreiber sind beiden im Verlage Theodor Thomas, Leipzig, Königl. B., erschienen. Diese beiden Bändchen, 60 Pf. pro Exemplar, dienen mit zahlreichen, sich daran anschließenden Bändchen namentlich für Arbeiter zur weiteren Verbohrung allgemein naturwissenschaftlicher und besonders technischer Kenntnisse.

Verfammlungskalender.

- Achtung! Achtung!**
Kollegen des Offenbacher Industriegebietes!
- Im Auftrage der Gauleitung sind Verfammlungen mit folgender Tagesordnung anberaumt:
1. Die Aufgaben des nächsten Verbandstages in München. (Referent Kollege N. Jg-Stuttgart.)
 2. Das neue Hausarbeitsgesetz unter besonderer Berücksichtigung unserer Industrie. (Referent Kollege C. Hof-Offenbach a. M.)
- Wieber.** Freitag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr.
- Entheim.** Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr.
- Dausen.** Sonntag, den 17. März, nachmittags 4 Uhr.
- Heusenstamm.** Sonntag, den 17. März, vormittags 9 1/2 Uhr.
- Jügesheim und Weistirchen.** Samstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr.
- Klein-Ruheim und Klein-Steinheim.** Montag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr.
- Mülheim a. W. und Kämmerpiel.** Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr.
- Neu-Hensburg.** Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr.
- Overtshausen.** Sonntag, den 17. März, nachmittags 1 Uhr.
- Offenbach a. M. und Bülgel.** Dienstag, den 19. März, abends 6 Uhr.
- Humpenheim.** Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr.

Die Ortsverwaltungen wollen dafür sorgen, daß die Verfammlungen pünktlich um die festgesetzte Zeit beginnen. Verzögerungen sind mit Rücksicht auf die übrigen Verfammlungen und Hausagitationen durchaus zu vermeiden.

- Nachen.** Sonntag, den 10. März, vormittags 11 Uhr, Johanner- und Paulustrafenecke. Referent Kollege Busch-Leipzig.
- Dausen.** Sonnabend, den 16. März, abends 1/9 Uhr, „Stadt Pittau“.

Berlin. Donnerstag, den 14. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in den „Amin-Sollen“, Kommandantenstr. 58/59: Außerordentliche Generalversammlung.

Viefelfeld. Sonntag, den 10. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal Aug. Judisfel, Bürgerweg. Referent Kollege Weinschild-Berlin.

Brandenburg. Mittwoch, den 13. März, abends 6 Uhr, Gewerkschaftshaus. Referent Kollege Nibel-Berlin.

Braunschweig. Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Werder 32.

Bremen. Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kaulenstraße. Referent Kollege Weinschild-Berlin.

Bremmerhagen. Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Jof. Klein, Langestr. 18. Referent Weinschild-Berlin.

Chemnitz. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Reichen“, Kochliger Straße 8.

Dortmund. Samstag, den 16. März, abends 9 Uhr, „Germania-Halle“, Nordstraße 1.

Düffelbarr. Samstag, den 16. März, abends 9 Uhr, „Wupperthaler Hof“, Kaiserstr. 65.

Frankfurt a. M. Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im fl. Saal, Gewerkschaftshaus.

Gelsenkirchen. Samstag, den 16. März, abends 9 Uhr, „Vollshaus“, Kaiserstr. 65/67.

Görlitz. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“.

Halle a. S. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Vollspart“.

Heilbronn. Samstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Kaiserslautern. Sonntag, den 10. März. Referent Kollege Schneider-Köln.

Karlsruhe. Samstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Lokalbahn“, Kapellenstraße 66.

Kiel. Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Fährstraße 24.

Konstanz. Samstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Silberner Mond“, Hofhalde.

Magdeburg. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Burgallee“, Referent Kollege Mumm-Berlin.

Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser Wilhelm“.

Nürnberg. Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Neue Gasse.

Potsdam. Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr, Lokal Major, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. Referent Kollege Nibel-Berlin.

Stuttgart. Samstag, den 16. März, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Süidau. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, „Goldener Becker“, Innere Leipziger Str.



Verwaltungsstelle Berlin.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 21. Februar d. J. finden die Delegiertenwahlen zum Verbandstag am Sonntag, den 24. März, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen statt:

- Paul Grenlich, N., Gartenstr. 46;**
- „Gewerkschaftshaus“, Engelnser 15, Saal 3;**
- Fritz Hoppe, Neukölln, Hermannstraße 49.**

Die Wahlhandlung wird um 1 Uhr nachm. geschlossen.

Zur Wahlhandlung zugelassen sind nur diejenigen Mitglieder, die nicht mehr als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches bezw. der Mitgliedskarte.

Bezugsberechtigte arbeitslose und kranke Mitglieder, deren Mitgliedsbücher sich in Händen der Verwaltung befinden, legitimieren sich durch Vorzeigung ihrer Kontrollkarte.

Jedes Mitglied, das an der Wahl teilgenommen hat, erhält einen diesbezüglichen Stempel ins Mitgliedsbuch bezw. in die Karte.

Das Resultat der Wahl wird am Mittwoch, den 27. März, im gewerkschaftlichen Teil des „Vorwärts“, sowie in der in derselben Woche erscheinenden „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ bekanntgemacht.

Eventuell notwendige Sitzwahlen finden am Dienstag, den 2. April, nachmittags von 5-8 Uhr in denselben Lokalen unter den gleichen Voraussetzungen statt.

Die Ortsverwaltung.

Tücht. Sattler

auf Reiter- und Bügelloffer durchaus geübt, in dauernde Stelle bei sofortigem Eintritt gesucht.

F. Daniel Nachf., Offenbach a. M.

Tüchtige Täschner

die auch steppen können, finden dauernde Beschäftigung

S. Meinecke,

Narbus (Dänemark), Bekkerport 8.

Vorarbeiter

für Helmstickererei und Lackerei gesucht.

Maury & Co., Offenbach a. M.

Wir suchen noch circa

50 tüchtige Koffermacher

auf Fibeloffer. Bei zufriedenstellenden Leistungen vergüten wir die Meiste.

Faessler & Völcker, Magdeburg.

Gebrauchter Lederkoffer

zu kaufen gesucht.

H. Schubert, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 108.

Werkzeuge, Beschläge, Riemen u. Stifte.

Spezialität von E. Reubauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.